

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**An den
Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 18.Mai 2018

Verfassungsbeschwerde

**wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
(gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)**

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten
Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung
der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße
gegen fundamentale Menschenrechte

**trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa. Daher**

Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Hier: Nicht nur Versagung von rechtlichem Gehör trotz Instanz abschließender
Anhörungsprüfungen, sondern zusätzlich Versagung einer Bescheidung dieser
Anhörungsprüfungen in parallelen sofortigen Beschwerden gegen
Amtsgerichtsentscheidungen mit strafbarer Rechtsbeugung in schikanierenden
Gerichtsverfahren seit 2011 mit Ziel der sozialen und psychischen Zerschlagung
(Zerschlagung 5)

Bundesrepublik Deutschland, hier vertreten vom Kreis Mettmann
(Verwaltungsbehörde), unterstützt von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Wuppertal (Weisungsgeber: beklagtes Bundeskanzleramt),

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1
bis 6, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems),

Aktenzeichen:

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Begründung der Verfassungsbeschwerde

mit fortsetzender Nummerierung der Kapitel seit Februar 2016:

BVERFG-21. Angegriffene Hoheitsakte

Gerichtsbeschlüsse schikanierender Gerichtsverfahren mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu den Schriftsätzen des Beschwerdeführers in zeitlicher Reihenfolge seit 2016, im Anschluss an die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14. Februar 2016 wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft mit extremistischer Ausuferung zu einer hasskriminellen "Hexenjagd" durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft am Amtsgericht Mettmann, am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal, mit Missbrauch von Sozialversicherungen zur sozialen Zerschlagung und psychischen Zerschlagung

BVERFG-22. Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16
Teil eines

teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems

und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der „herrschenden“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)

> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

BVERFG-23. Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

BVERFG-24. Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

im krassem Widerspruch zu >

> Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in

Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

BVERFG-25. Zurückweisung verfassungswidriger Justiz:

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

die serienweise gegen Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte verstoßen:

Rechtsbeugung wie in einer Bananenrepublik

Versuch der Urteilsmanipulation mit nachfolgendem Beschluss

Erklärung der Rechtskraft dieses Urteils nach Versagung von rechtlichem

Gehör für sofortige Beschwerde gegen das Urteil durch das Landgericht

Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes mit parallelen

Verfahren am Amtsgericht Mettmann und Velbert zwecks Verdoppelung des Bußgeldes

Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes mit Duplex-

Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Duplex-Beschwerde-Verfahren am Landgericht Wuppertal

Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft für

Bußgelder an eine skrupellose, diskriminierende, diffamierende

Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung

verfassungswidrig und wegen unerträglicher, ständiger Versagung von

rechtlichem Gehör nach dem grundrechtsgleichen Anspruch gemäß Art.103

Abs.1 GG zurückzuweisen

Verstoß gegen die Menschenwürde (Art.1 Abs.1 GG)

Verfassungsbeschwerde zusätzlich in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

**Zu BVERFG-21. Angegriffene Hoheitsakte
Gerichtsbeschlüsse schikanierender Gerichtsverfahren mit ständiger
Versagung von rechtlichem Gehör zu den Schriftsätzen des
Beschwerdeführers in zeitlicher Reihenfolge seit 2016,
im Anschluss an die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16)
vom 14. Februar 2016 wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von
Erzwingungshaft mit extremistischer Ausuferung zu einer
hasskriminellen "Hexenjagd" durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft am
Amtsgericht Mettmann, am Amtsgericht Velbert und Landgericht
Wuppertal, mit Missbrauch von Sozialversicherungen zur sozialen
Zerschlagung und psychischen Zerschlagung**

Der Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems, beklagt

staatlich erzwungene Altersarmut

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
über verheerende Folgewirkungen der politisch motivierten Zerschlagungen,
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

bundesweiter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens,

mit Zerschlagung der deutschen Heimat und kapitalen Vermögensschäden.

Er wird trotz staatlich erzwungener Altersarmut verantwortlich gemacht, dass er
seit 2010 Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr überweisen kann. Deswegen
wird er seit 2011 schikanierenden Gerichtsverfahren am Amtsgericht Mettmann
(ständige Wiederholung von rechtswidrigen "Ordnungswidrigkeitsverfahren")
auf Betreiben der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft Wuppertal
(Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf, Weisungsgeber ist das beklagte
Bundeskanzleramt).

Einzigste Ursache sind verheerende Folgewirkungen politisch motivierter
Zerschlagungen (auf Zerschlagungen Nr. 1 bis 6 gruppiert), für die das Opfer trotz
erdrückender Beweislage ohne die Chance einer Abwehr verantwortlich gemacht
wird. So wird das Opfer zum Täter gemacht. Durch ein Landgericht, das selbst
nur zerschlagen kann, das bis heute rechtliches Gehör zu einer erdrückenden
Beweislage für Schadenersatz unterdrückt und verhindert, das nur die Interessen
eines extrem übergriffigen staatlichen Täters schützt.

Die schikanierenden Gerichtsverfahren,

("Verkehrs-")"Ordnungswidrigkeitsverfahren", Bußgeldverfahren, Exzesse einer
unterirdischen Justiz, sind bereits im Jahr 2014 zu Freiheitsberaubung,
Hausfriedensbruch u.a. unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft eskaliert.
Die vom Beschwerdeführer vorgenommene Strafanzeige mit anschließendem
Klageerzwingungsverfahren war bereits Gegenstand der

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14. Februar 2016,
die Schriftsätze des Opfers sind im Bundesverfassungsgericht abgelegt und
zusätzlich in der Internet-Dokumentation nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

In dieser Verfassungsbeschwerde hier sind folgende Beschlüsse paralleler
Gerichtsverfahren und die dazu gehörigen Schriftsätze des Beschwerdeführers
betroffen, periodisch stattfindende Gerichtsverfahren ohne anwaltliche
Unterstützung (auch am Landgericht),
mit gleicher Klagebegründung und mit ständiger Versagung von rechtlichem
Gehör zu qualifizierten Einsprüchen des Beschwerdeführers,
am Amtsgericht Mettmann (Amtsgericht Velbert) und
an der 6. Strafkammer des Landgerichts Wuppertal:
und die dazu gehörigen Schriftsätze des Beschwerdeführers:

Anlage VB-11

Schriftsatz vom 10.Mai 2018 zwecks Mitteilung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wegen wiederholter Versagung von rechtllichem Gehör in einem **Duplex-Beschwerdeverfahren** und Zurückweisung aller Rechnungen sowie der/die Ladung(en) zur Justizvollzugsanstalt vom 08.05.2018 (eingegangen am 14.05.2018)
aus diesem verfassungswidrigen Verfahren einschließlich der Legende aller schriftlichen Eingaben seit 2011 an das Amtsgericht Mettmann und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren und Zwangsverfahren der Kreisverwaltung

Anlage VB-12

Schriftsatz vom 27.April 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018 (eingegangen am 20.April 2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge
< Anstatt einer Bescheidung der Anhörungsrüge hat der Beschwerdeführer eine Rechnung vom Amtsgericht Mettmann und eine Ladung der Staatsanwaltschaft Wuppertal erhalten: Sieh Anlage VB-11

Seite 24 und 25 >

Anlage VB-13 (LG)

Beschluss vom 12.04.2018 (eingegangen am 20.April 2018)
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

Anlage VB-14

Schriftsatz vom 26.März 2018 an das Landgericht mit Anhörungsrüge wegen Anhörungsresistenz zu Argumenten der Sofortigen Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung
< eine Bescheidung der Anhörungsrüge hat der Beschwerdeführer bis heute nicht erhalten >

Anlage VB-15 (LG)

Beschluss vom 13.03.2018
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Anlage VB-16

Schriftsatz vom 04.März 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und mit Zurückweisung einer rechtswidrigen Bestandskraft nach sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 150)

Anlage VB-17 (LG)

Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck vom 19.02.2018

Anlage VB-18

Schriftsatz vom 24.Feb.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 in Anlage AGME-06022018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 105)

mit den Anlagen AGME-06022018 bis 12022018

Anlagen dieser sofortigen Beschwerde

Anlage AGME-06022018

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 09.Feb.2018 mit Zurückweisung des Ablehnungsgesuchs gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-07022018

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 im Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 86)

Anlage AGME-08022018

Formlose Stellungnahme vom 11.01.2018 durch Justizobersekretärin Paul zum Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-09022018

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 mit Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

mit **Anlage 01012018**:

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann vom 21.12.2017 (eingegangen am 23.12.2017) zum Antrag des getäuschten Opfers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach

Antrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal mit Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangshaft

Anlage AGME-10022018

Schriftsatz vom 04.Dez.2017 mit Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 sowie mit Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Einspruch gegen jede Kostenberechnung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 187)

mit den Anlagen 170725, 170820, 170823:

Anlage 170725

Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17

nach Versagung von rechtlchem Gehör für sofortige Beschwerde wegen Verurteilung für Verkehrsordnungswidrigkeit ohne jeden Bezug zur Realität

Anspruch auf Staatshaftung für Zerschlagung Nr.5

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 170)

Anlage 170820

Schriftsatz vom 20.Aug.2017 an Kreisverwaltung Mettmann mit Einspruch gegen Anhörung vom 14.08.2017 (eingegangen am 15.08.2017)

Aktenzeichen 32-32 / 991700528/34

Anlage 170823

Einstellungsmitteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017

Anlage AGME-11022018

Versäumnisurteil 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 wegen staatsanwaltschaftlicher Täuschung des Opfers durch Einstellungsmitteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017 gemäß Anlage 170823

Anlage AGME-12022018

Urteil vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung: Beweis für rechtswidrige Bußgeldverfahren, Beweis für verfassungswidrige Schikaneverfahren zur psychischen Zerschlagung

Anlage VB-19

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 (eingegangen am 19.Jan.2018) im Befangenheitsverfahren gegen Frau Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage zu Anlage VB-19

Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018

Anlage VB-20

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann gemäß Anlage AGME-02012018 zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 55)

mit den Anlagen AGME-02012018 bis 05012018

Anlage AGME-02012018

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 über Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft

mit Bezug auf Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung und unerträglichen Defiziten zu Lasten des Opfers

Anlage AGME-03012018

Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung wegen wahrheitswidriger Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit im Rubrum

Anlage AGME-04012018

Schriftsatz vom 01.09.2016 (Kapitel 80-84) mit Einspruch gegen Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage AGME-05012018

Paralleles Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert wegen einem mit strafbarer Rechtsbeugung zustande gekommenen Bußgeld in Höhe von 180 €: Verfassungswidriger Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)

Zielsetzung der sozialen Zerschlagung und der psychischen Zerschlagung

ist, dem Opfer die Fähigkeit zu nehmen, Rehabilitierung und Schadenersatz zu verheerenden Folgewirkungen der politisch motivierten Zerschlagungen mit den Mitteln eines Rechtsstaates zu verfolgen

Beklagt wird ständige Versagung von rechtlichem Gehör nach dem grundrechtsgleichen Recht nach Art.103 Abs.1 GG

Beklagt wird der Missbrauch deutscher Justiz für eine

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge

mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit

durch gegenseitige Amtshilfe

durch gegenseitige Regierungshilfe

durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner

durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in

Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

> > > Scroll down after link (page 125)

Zu BVERFG-22. Gerichtsverfahren
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann /
Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann /
Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16
Teil eines

teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches
Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
„herrschenden“ Generation**

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
unter Verantwortung von

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)
- > **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen
Unrechtssystems ist zu schützen

Das herausragende Lebenswerk des Opfers politisch motivierter
Zerschlagungen sind Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa: die

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003)

mit dem weltweit größten Congressangebot zur digitalen Evolution in
Deutschland und Europa > > > www.euro-online.de

Sieh auch weiterführendes Congressmesse-Archiv

<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses weltweit herausragende Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört mit einer
gigantischen Umverteilungspolitik,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)
- > **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

Die gigantische Umverteilungspolitik verursachte
gigantische Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010.

Gerhard Schröder referierte auf der **Europäischen Congressmesse ONLINE'91**
auf Einladung des Justizopfers, selbst das Thema seiner Rede war von ihm in
Abstimmung mit einem Congressleiter vorgeschlagen:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Gerhard Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-
1998), **Frank-Walter Steinmeier** trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als
Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die
Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war auch zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar
vor seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

**Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt
Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.**

Zum VIP-Treffen ist Ministerpräsident Gerhard Schröder **ohne Mitteilung, nicht** erschienen, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben. Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Das ist das Lebenswerk des Justizopfers, es hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell und mit Perfektion. Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche ITK-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze. "8 Congresses in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu 32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche** waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller und **abschließende, ganztägige Tutorials** mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den **"Nationalen IT-Gipfel" (heute Digital-Gipfel** unter „Federführung“ der Beklagten, des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.

Dieser Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 der Schröder-Regierung völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung wurde **das Lebenswerk und ansehnliche Altersrücklagen des Justizopfers irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet.**

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das **größte Milliardengrab aller Zeiten**, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war: **Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der deutsche Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001**, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin 2017 ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002: Das Loch im Bundeshaushalt war nach 1 Jahr wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können

> > > **Beweis durch Zeugnis des**

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Mit der gigantischen Umverteilungspolitik wurde auch dem deutschen Staat ein **gigantischer Schaden** zugefügt, mit einer Ausführung, die in einem Rechtsstaat die Anwendung von Notstandsgesetzen für Notstandssituationen voraussetzt.

Im Jahr 2000 war Deutschland digitale Spitze im globalen Vergleich. **Heute? Altkanzler Gerhard Schröder ist internationaler Putin-Berater mit dicker Bundeskanzler-Pension.**

Wegen seiner gigantischen Umverteilungspolitik >

deutsche Digital-Branche ist in einem jämmerlichen Zustand:

Deutschland ist digitale Kolonie von USA und Fernost,

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die ganze Tragweite dieser desaströsen Umverteilungspolitik wird sichtbar mit einem Blick auf das weltweite Ranking wertvollster Unternehmen Ende 2017:

Wertvollste Unternehmen

(Marktkapitalisierung Dez. 2017)

1. Apple / USA.....876 Mrd \$
2. Alphabet(Google) / USA....733 Mrd \$
3. Microsoft / USA.....661 Mrd \$
4. Amazon / USA.....570 Mrd \$
5. Facebook / USA.....516 Mrd \$
6. Berkshire Hathaway / USA..490 Mrd \$
7. Tencent Holdings / CHN....484 Mrd \$
8. Alibaba / CHN.....444 Mrd \$

Auf den ersten 8 Plätzen (Platz 6 ausgenommen) sind nur Unternehmen der Digitalbranche, das wertvollste Unternehmen Deutschlands (SAP) belegt Platz 60, USA belegt die ersten 5 Plätze, China Platz 7 und 8.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:

nur z.B.

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005

- **Neue Aufgaben für Aufbau Ost:** Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005

- **Koalitionsvertrag und Breitband-Internet**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -

Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -

Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -

Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -

Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Erdrückende Beweislage zu Zerschlagung 1 und 6 durch die Congressmesse-Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Dieses Beweismaterial wurde in 2014/2015 vorgelegt bei

27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14, Juni 2014)

27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (27 K 308.14)

2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)

18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)

III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)

BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 zu III ZB 108/15)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

Umverteilung kann nicht darin bestehen,

dass ein umverteilter Bürger zum Justizopfer gemacht wird,
dass ihm trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und in erzwungener Altersarmut anschließend von einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft mit beklagten Weisungsgeber (Bundeskanzleramt) und von Obergerichtsvollziehern sozialer Pflichtversicherungen ohne Sinn und Verstand wie eine Sau durchs Dorf getrieben wird.

Dies alles trotz erdrückender Beweislage, Beweise nach Bedarf erweiterbar!

Das ist Faktenlage 2018 in deutscher Justiz (sieh politisch motivierte Zerschlagungen 1 bis 6), deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

Verantwortlich ist nicht das Opfer, sondern der staatliche Täter, verantwortlich für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

Justiz muss definitiv bei politisch motivierten Zerschlagungen einschreiten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Die Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

sind Teil eines

teuflichen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems

Zu BVERFG-23. Gerichtsverfahren
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann /
Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann /
Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16
mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach
Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches
Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts**
Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
**Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller
Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft**
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.
Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines
Menschenlebens sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen des
Beschwerdeführers seit 2010:

- > **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
- > **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)
- > **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Mitwisserschaft mit medialer Rundfunksperre, Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1)
- > **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut
- > **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung
- > **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, **bis dato mit Bemühungen um den professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**
- > **Zerschlagungswende? : Kein Weiter so !**
Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischen Scherbenhaufen unter Verantwortung deutscher Justiz ?
mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut ?

mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (**Rehabilitierung**) mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa ?
ohne qualifizierte anwaltliche Unterstützung, weil die anwaltliche Vertretung eines Justizopfers (juristischer Scherbenhaufen politisch motivierter Zerschlagungen) mit PKH-Konditionen zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

> **Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Missbrauch von Staatsgewalt** zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein **Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):**
„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. **Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen. Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen.** Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance: **Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.**

Den Stoff aufgearbeitet in unzähligen Briefen an die „politische Elite“, bis heute abgestraft mit Versagung selbst einer Empfangsbestätigung, geschweige denn einer Beantwortung, in jahrelangem Streit mit einer regierungsnahen deutschen Justiz durch alle Instanzen seit 2010, ohne anwaltliche Unterstützung, bis heute mit verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör.

Gegen eine Mauer des Schweigens!

Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa **Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach mehrfachen Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen**

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit

Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1, mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft **Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW**

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) wegen Fortsetzung der Zerschlagung in NRW mit erdrückender Beweislage

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Zerschlagung 3: unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten,

wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperrung, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007

Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei, trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des Klägers

Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 5854/13) und Fortsetzung in 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Zerschlagung 4: Soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Versicherungszweck) unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen für finale Zerschlagung infolge

staatlich erzwungener Notlage/Altersarmut:

Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Altersarmut, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)

Zerschlagung 5: unter Verantwortung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte, mit beklagtem Weisungsgeber (Bundeskanzleramt)

Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, massiver Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz, Rechtsanspruch auf Schmerzensgeld wegen staatsanwaltschaftlicher Misshandlungen

Extremistische Ausuferung von schikanierenden

„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 mit Fortsetzung in 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage in 2017 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin Bis heute (2017): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte - Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen infolge mehrfachen Missbrauchs der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern, mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern, Eskalation zu bundesweiter Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin, 27. Kammer, VG 27 K 308.14 seit 2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Zu BVERFG-24. Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann /
Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann /
Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16
im krassem Widerspruch zu >

> Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für
digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

**Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen
Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland,
Europa und weltweit**

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des
Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines
Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

Kein Weiter so.

Neubeginn mit angemessener, öffentlicher Rehabilitierung und professionellem
Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit
**Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz
und Innovationswachstum.**

**Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa sind Zeugen
für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale
Evolution in Deutschland und Europa:** Am Verwaltungsgericht in Berlin in
Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident
der Bundesrepublik Deutschland**

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den
Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

**Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik
Deutschland,**

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-03

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1981-1988)

Dr. Klaus von Dohnanyi, Schirmherr der Europäischen Congressmessen ONLINE'86, ONLINE'87 und ONLINE'88 (Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg bis 1988, danach Dr. Henning Voscherau, 2016 verstorben)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für

Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„**Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend**“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„**Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**.“

„**Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission**

**EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

**Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92**

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

**über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999**

(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

**Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse
ONLINE2000/2001**

Bundesminister Dr. Werner Müller < nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, weil >

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

u.v.a.m.

**Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa sind Zeugen
für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale
Evolution in Deutschland und Europa.**

Angesichts dieser Zeugen hat das Zerschlagungsopfer beantragt:

Zeugnis des Bundespräsidenten.

Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des

Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier

(1999-2005), verantwortlich für Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000
mit anschließenden Missbrauch verheerender Folgewirkungen für.

**politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe im Zuge einer
rechtswidrigen Umverteilungspolitik mit krimineller Ausführung.**

**Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten nicht nur
am Verwaltungsgericht Berlin gestellt (Zerschlagung 6), sondern auch
am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Zerschlagung 3)**

mit neuer Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (27 K 5854/13 VG Düsseldorf)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

**Unverzichtbar ist der juristische Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der**

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa mit Schadenersatz mit großem Nutzen für Deutschland und
Europa.

**Die Notwendigkeit von mehr Transparenz ist zunehmende Erkenntnis neuer
europäischer Politik, wie mit dem "EU whistleblower protection law" zur
Umsetzung in den nationalen Mitgliedstaaten vorgegeben wird.**

**Zu BVERFG-25. Zurückweisung verfassungswidriger Justiz:
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann /
Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann /
Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16
die serienweise gegen Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte
verstoßen:**

**Rechtsbeugung wie in einer Bananenrepublik
Versuch der Urteilsmanipulation mit nachfolgendem Beschluss
Erklärung der Rechtskraft dieses Urteils nach Versagung von rechtlichem
Gehör für sofortige Beschwerde gegen das Urteil durch das Landgericht
Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes mit parallelen
Verfahren am Amtsgericht Mettmann und Velbert zwecks Verdoppelung des
Bußgeldes
Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes mit Duplex-
Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Duplex-Beschwerde-Verfahren am
Landgericht Wuppertal
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der Erziehungshaft für
Bußgelder an eine skrupellose, diskriminierende, diffamierende
Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung
verfassungswidrig und wegen unerträglicher, ständiger Versagung von
rechtlichem Gehör nach dem grundrechtsgleichen Anspruch gemäß Art.103
Abs.1 GG zurückzuweisen
Verstoß gegen die Menschenwürde (Art.1 Abs.1 GG)**

Diese Gerichtsverfahren sind eine Schande für eine deutsche Justiz, die das Opfer schlimmer staatlicher Übergriffe trotz laufender Verfahren an den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nicht schützen will. Faktenlage: Deutsche Richter schämen sich nicht, sich von einer skrupellosen, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit beklagtem Bundeskanzleramt als Weisungsgeber missbrauchen zu lassen.

Hier: Ausgangspunkt dieser verfassungswidrigen Justiz ist das Urteil vom 10.Aug. 2016 mit Rechtsbeugung wie in einer Bananenrepublik:

Sieh Anlage VB-20 (Seite 34)

mit Anlage AGME-03012018

Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung wegen wahrheitswidriger Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit im Rubrum

und Anlage AGME-04012018 (Seite 38)

Schriftsatz vom 01.09.2016 (Kapitel 80-84) mit Einspruch gegen Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

> Die Strafbarkeit einer Rechtsbeugung, deren Auflösung mit ordentlicher Gerichtsbarkeit verhindert wird und die eventuell zu Freiheitsberaubung des Verurteilten führt, ist nachgewiesen: §339 StGB

Diese primitive Rechtsbeugung war für den weiteren Verlauf des Gerichtsverfahrens entscheidungsrelevant:

Es ist nachgewiesen, dass **keine** Ordnungswidrigkeit im Sinne des Ordnungswidrigkeitengesetzes vorliegt, weil mit einer vorgetäuschten Verkehrsordnungswidrigkeit eine Verurteilung vorgenommen wurde, um ein Ordnungswidrigkeitsverfahren überhaupt rechtfertigen zu können.

Eine Rechtsbeschwerde ist für das Opfer nicht mehr hinnehmbar, weil nur mit Sachargumenten einer Berufung oder sofortigen Beschwerde der Nachweis der Rechtswidrigkeit erbracht werden kann und nicht mit Rechtsbeschwerden, in denen rechtliches Gehör zu Sachargumenten versagt wird..

Dies wurde mit Schriftsatz vom 01.09.2016 (Sieh Anlage VB-20 (Seite 38) mit **Anlage AGME-04012018**) unmissverständlich vorgenommen. Sieh auch Internetdokumentation
Schriftsatz vom 01.09.2016 (Kapitel 80-84) mit Einspruch gegen Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>
Scroll down after link (page 54)

Der ausführliche Antrag auf ein Berufungsverfahren (122 Seiten Umfang) wurde vom Landgericht Wuppertal nicht einmal beantwortet, geschweige denn eine Bescheidung vorgenommen > Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf Berufungsverfahren. Zu Zerschlagung 1 und Zerschlagung 2 ist in der 2.Zivilkammer eine erdrückende Beweislage verfügbar. Sieh

Das Amtsgericht Mettmann hat mit Beschluss vom 22.Dez.2017 (Anlage AGME-02012018) das Urteil vom 10.08.2016 (Anlage AGME-03012018) eigenmächtig manipuliert, indem die Verurteilung wegen einer Verkehrsordnungswidrigkeit in einen Beschluss wegen einer Ordnungswidrigkeit mit wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel einer Erzwingungshaft umfunktioniert wird, ohne dass der Anruf eines Berufungs- oder Beschwerdegerichtes trotz eines umfangreich begründeten Antrag des Opfers zugelassen wurde.
Eine derart unterirdische Justiz, die das Opfer bundesweiter Sippenzerschlagung seit 2011 am Amtsgericht auszuhalten hat, nicht mehr hinnehmbar, wegen einer **bundesweiten Sippenzerschlagung seit 1998** mit Verlust eines Menschenlebens, mit Zerschlagung der deutschen Heimat, mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen, mit kapitalen Vermögensschäden und massiven Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte seit 2011 am Amtsgericht Mettmann ertragen muss: Kein Weiter so! Sieh

BVERFG-23. Gerichtsverfahren
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16
mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts
Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft

Missbrauch von Staatsgewalt, ohne die Chance einer Abwehr, trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ist die einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut, einzige Ursache dieses Verfahrens. Weil am gesamten Landgericht Wuppertal rechtliches Gehör für Sachargumente versagt wird, können Rehabilitation und Schadenersatz nur über Verwaltungsgerichte weiter eingeklagt werden. Ein

unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts,

wird beklagt, weil Sachargumente nicht zugelassen werden und rechtliches Gehör zu Sachargumenten mit Rechtsbeschwerden einfach unterdrückt wird. Das Opfer einer solchen Justiz hat Anspruch auf Widerstand gemäß dem grundrechtsgleichen Recht nach Art.20 Abs.4 GG.

Der ausführliche Einspruch gegen das Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 umfasst mit 122 Seiten auch den Nachweis über kapitale Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Information über den heutigen Nutzungszwang eines Pfändungsschutzkonto, der ausschließlich durch die kapitalen Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen begründet ist. **Damit ist auch die staatlich erzwungene Altersarmut nachgewiesen.**

Sieh **Anlage AGME-04012018 mit den Anlagen III-1 bis III-5.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Mit dem Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann vom 22.Dez. 2017 (**Anlage AGME-03012018**) wird zum wiederholtem Male im Umfeld der beschriebenen politisch motivierten Zerschlagungen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft festgelegt.

Mangelhafte Ausführung des Beschlusses wird beklagt: „Gegen den Betroffenen wird eine Erziehungshaft von 7 beklagt“: 7 Stunden? 7 Wochen? 7 Jahre?

Nichts ist unmöglich, **wenn Menschenrechte nicht mehr respektiert werden**

Mehrfacher verfassungswidriger Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG) wird beklagt angesichts einer beschlossenen Wiederholung der Freiheitsberaubung von 7 (?) unter dem Deckmantel von Erziehungshaft für ein mit strafbarer Rechtsbeugung rechtswidrigem Bußgeldbetrag von 180 €.

Darüber hinaus wird ein 2.Mal gegen das Grundrecht Art.2 Abs.1 GG verstoßen, weil die Staatsanwaltschaft zusätzlich parallel am Amtsgericht Velbert juristische Maßnahmen gegen das Opfer in derselben Angelegenheit eingeleitet hat. Offensichtlich soll der Bußgeldbetrag von 180 € so verdoppelt werden. Doppelverfolgungsverbot gemäß Art.103 Abs.3 GG. Sieh Anlage AGME-05012018 (Anlage VB-20 Seite 43).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Darüber hinaus ist vom Amtsgericht Mettmann ein 2.Mal Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen beschlossen: Sieh Zerschlagung 5 mit extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011,

Strafanzeige, Klageerzwingungsverfahren am Oberlandesgericht mit Beschwerde am Bundesgerichtshof und Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Beklagt wird ein weiterer Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes indem das Opfer

einem Duplex-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Duplex-Beschwerde-Verfahren am Landgericht Wuppertal unterworfen wird.

Im Strafrecht gebietet das Verhältnismäßigkeitsprinzip, die Schwere der Tat zu berücksichtigen. Maßnahmen des Gesetzgebers, die die allgemeine Handlungsfreiheit unter Berücksichtigung allgemeiner europäischer Sitten zu sehr einschränken, **sind im Sinne des Art.2 Abs.1 verfassungswidrig**, wenn sie den Einzelnen zu sehr in seiner persönlichen Entfaltung einschränken. Dies ist analog auf Maßnahmen der Justiz anzuwenden, die ohne Beachtung des Umfeldes der politisch motivierten Zerschlagungen Rechtsanwendungen so gestalten, dass gegen jede Verhältnismäßigkeit in extremistischer Ausuferung verstoßen wird.

Sieh Anlage VB-18

Schriftsatz vom 24.Feb.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhefus vom 09.Feb.2018 in Anlage AGME-06022018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 105)

mit den Anlagen AGME-06022018 bis 12022018

Mit der sofortigen Beschwerde, sorgfältig ausgearbeitet auf 98 Seiten, beklagt das Opfer die Ausuferung zu einer Dreifach-Veranstaltung mit Zwangsmaßnahmen über 2 Amtsgerichte in derselben Angelegenheit stellt mit dem Beschwerdeverfahren folgende Anträge:

Antrag A1: Ein Richter und ein Amtsgericht ist für alle 3 Verfahren verantwortlich. Das ist Grundgesetz (Art.103 Abs.3 GG).

Antrag A2: Für alle 3 Verfahren beider Amtsgerichte ist das zuständige Landgericht Wuppertal das Beschwerdegericht mit Beachtung aller sofortigen Beschwerden aller 3 Verfahren.

Antrag A3: Dem Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers ist stattzugeben.

Antrag A4: Zuständig für alle 3 Verfahren ist der seit 2011 verantwortliche und informierte Amtsgerichtsdirektor des Amtsgerichtes Mettmann

Antrag A5: Alle 3 Verfahren sind auf Kosten der Staatskasse, die auch alle Kosten des Antragstellers trägt, einzustellen.

Bescheide zu diesen Anträgen hat das Opfer bis heute nicht erhalten.

Aus dem Duplex-Verfahren ist ein Triple-Verfahren an 2 Amtsgerichten und dem Landgericht geworden, die nur ein Ziel haben:

Soziale und psychologische Zerschlagung.

Eine hasskriminelle "Hexenjagd" durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft, die zu einer derart unterirdischen Justiz auch noch Rechnungen schreiben lässt.

Das Grundgesetz ist längst auf der Strecke geblieben

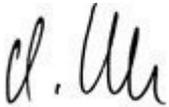
"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art.1 Abs.1 GG)

Der Kläger hat keine Mühe gescheut, alle Staatsorgane und die führenden Institutionen der Bundesrepublik Deutschland über die unerhörten Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagungen ausführlichst zu informieren.

Es ist längst an der Zeit, dass die politisch motivierten Zerschlagungen des Opfers von der deutschen Justiz nicht mehr mit verwerflicher, weil verfassungswidriger Versagung rechtlichen Gehörs übergangen werden.

Es ist längst an der Zeit, dass die Verletzung fundamentaler Menschenrechte, mit der auch noch die psychische Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vollendet werden soll, mit der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft mit Antwort-Verweigerung auf Anhörungsrügen (Versagung rechtlichen Gehörs und Versagung einer Bescheidung von Anhörungsrügen) nicht mehr abwehrbar ist, durch das Landgericht endlich beendet wird und schon gar nicht ein 2.Mal wiederholt wird: das Verfahren ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde (Art.1 Abs.1 GG), die von dieser Strafkammer selbst bei der Verurteilung von Räubern und Mördern zu beachten ist.
Sieh diese Verfassungsbeschwerde, mit der hiermit erneut das Bundesverfassungsgericht angerufen werden muss.

Velbert, 18.Mai 2018



Albin L. Ockl

Anlagen der Verfassungsbeschwerde VB

Anlage VB-11

Schriftsatz vom 10.Mai 2018 zwecks Mitteilung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wegen wiederholter Versagung von rechtllichem Gehör in einem **Duplex-Beschwerdeverfahren** und Zurückweisung aller Rechnungen sowie der/die Ladung(en) zur Justizvollzugsanstalt vom 08.05.2018 (eingegangen am 14.05.2018)
aus diesem verfassungswidrigen Verfahren einschließlich der Legende aller schriftlichen Eingaben seit 2011 an das Amtsgericht Mettmann und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren und Zwangsverfahren der Kreisverwaltung
133. Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts Erzwingung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung des Opfers
> 26 Qs 82/18 (923 Js-OWi 283/17) gemäß Kapitel 130 im Schriftsatz vom 27.April 2018 und
> 26 Qs 22/18 (723 Js 331/16) gemäß Kapitel 124 im Schriftsatz vom 26.März 2018 an die 6.Strafkammer mit Versagung von rechtllichem Gehör und Versagung einer Bescheidung von Anhörungsrügen im wiederholten Falle
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 254)

Anlage VB-12

Schriftsatz vom 27.April 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018 (eingegangen am 20.April 2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge
im Verfahren zur sofortigen Beschwerde vom 24.Feb.2018 gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 (eingegangen am 19.Feb.2018) und Zurückweisung aller Kosten in einem verfassungswidrigen Verfahren, das mit einer Verkehrsordnungswidrigkeit oder einer anderen Ordnungswidrigkeit überhaupt nichts zu tun hat.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 220)

Anlage VB-13 (LG)

Beschluss vom 12.04.2018
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

Anlage VB-14

Schriftsatz vom 26.März 2018 an das Landgericht mit Anhörungsrüge
wegen Anhörsresistenz zu Argumenten der Sofortigen Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 13.03 2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 178)

Anlage VB-15 (LG)

Beschluss vom 13.03.2018
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Anlage VB-16

Schriftsatz vom 04.März 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und mit Zurückweisung einer rechtswidrigen Bestandskraft nach

sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 150)

Anlage VB-17 (LG)

Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck vom 19.02.2018

Anlage VB-18

Schriftsatz vom 24.Feb.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 in Anlage AGME-06022018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 105)

mit den Anlagen AGME-06022018 bis 12022018

Anlagen dieser Beschwerde

Anlage AGME-06022018

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 09.Feb.2018 mit Zurückweisung des Ablehnungsgesuchs gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-07022018

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 im Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 86)

Anlage AGME-08022018

Formlose Stellungnahme vom 11.01.2018 durch Justizobersekretärin Paul zum Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-09022018

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 mit Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

mit **Anlage 01012018:**

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann vom 21.12.2017 (eingegangen am 23.12.2017) zum Antrag des getäuschten Opfers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach **Antrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal mit Freiheitsberaubung unter dem**

Deckmantel von Erzwingungshaft

Anlage AGME-10022018

Schriftsatz vom 04.Dez.2017 mit Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 sowie mit Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Einspruch gegen jede Kostenberechnung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 187)

mit den Anlagen 170725, 170820, 170823:

Anlage 170725

Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17 nach Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde wegen Verurteilung für Verkehrsordnungswidrigkeit ohne jeden Bezug zur Realität Anspruch auf Staatshaftung für Zerschlagung Nr.5

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 170)

Anlage 170820

Schriftsatz vom 20.Aug.2017 an Kreisverwaltung Mettmann mit Einspruch gegen Anhörung vom 14.08.2017 (eingegangen am 15.08.2017)

Aktenzeichen 32-32 / 991700528/34

Anlage 170823

Einstellungsmittelteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017

Anlage AGME-11022018

Versäumnisurteil 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 wegen staatsanwaltschaftlicher Täuschung des Opfers durch Einstellungsmitteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017 gemäß Anlage 170823

Anlage AGME-12022018

Urteil vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung: Beweis für rechtswidrige Bußgeldverfahren, Beweis für verfassungswidrige Schikaneverfahren zur psychischen Zerschlagung

Anlage VB-19

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 (eingegangen am 19.Jan.2018) im Befangenheitsverfahren gegen Frau Richter in am Amtsgericht Küppers

Anlage zu Anlage VB-19

Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018

Anlage VB-20

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann gemäß Anlage AGME-02012018

zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 55)

mit den Anlagen AGME-02012018 bis 05012018

Anlage AGME-02012018 (Seite 32)

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 über Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

mit Bezug auf Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung und unerträglichen Defiziten zu Lasten des Opfers

Anlage AGME-03012018 (Seite 34)

Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung wegen wahrheitswidriger Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit im Rubrum

Anlage AGME-04012018 (Seite 38)

Schriftsatz vom 01.09.2016 (Kapitel 80-84) mit Einspruch gegen Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtmäßigem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage AGME-05012018 (Seite 43)

Paralleles Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert wegen einem mit strafbarer Rechtsbeugung zustande gekommenen Bußgeld in Höhe von 180 €: Verfassungswidriger Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
AR 3662/18**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 18.Juni 2018

**Verfassungsbeschwerde AR 3662/18
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
(gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)**

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten
Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung
der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße
gegen fundamentale Menschenrechte

**trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa. Daher**

Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Hier: Einspruch gegen Schreiben der zuständigen AR-Referentin Ingendaay-
Herrmann vom 28.05.2018 (eingegangen am 05.Juni 2018) mit

**Wiederholung des Antrags auf Vorlage beim Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts nach Schreiben an den Bundespräsidenten**

Inzwischen: Nicht nur Versagung von rechtlichem Gehör trotz Instanz
abschließender Anhörungsrügen, sondern zusätzlich Eskalation zu Missbrauch
von Staatsgewalt mit **strafbarer** Rechtsbeugung im Wiederholungsfall in
schikanierenden Gerichtsverfahren seit 2011 mit Ziel der sozialen und
psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Bundesrepublik Deutschland, hier vertreten vom Kreis Mettmann
(Verwaltungsbehörde), unterstützt von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Wuppertal (Weisungsgeber: beklagtes Bundeskanzleramt),

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1
bis 6, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems),

Aktenzeichen:

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Begründung der Verfassungsbeschwerde

mit fortsetzender Nummerierung der Kapitel seit Februar 2016:

**BVERFG-26. Wiederholung des Antrags auf Vorlage beim
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
nach Schreiben an
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
in Kopie an Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und an
Verwaltungsgerichte
mit Verzögerung infolge eskalierenden Missbrauchs von Staatsgewalt
gemäß Anlagen mit schwerem Vorwurf strafbarer Rechtsbeugung und
Versagung von Rechtsmittel zur Auflösung der Rechtsbeugung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 27)

Der Beschwerdeführer, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems, hat mit einer ausführlich dokumentierten Verfassungsbeschwerde (264 Seiten) im Schriftsatz vom 18.Mai 2018 das Bundesverfassungsgericht angerufen. Die Verfassungsbeschwerde mit den

Kapiteln BVERFG-21 bis BVERFG-25 (Sieh Anlage VB-22 Seite 11 mit Anlage 0601-VB) ist zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Nicht nur Versagung von rechtlichem Gehör trotz Instanz abschließender Anhörungsrügen, sondern zusätzlich Versagung einer Bescheidung dieser Anhörungsrügen in parallelen sofortigen Beschwerden gegen Amtsgerichtsentscheidungen mit strafbarer Rechtsbeugung in schikanierenden Gerichtsverfahren seit 2011 mit Ziel der sozialen und psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Die 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal hat die Bescheidung nachgeholt mit Duplex-Beschlüssen vom 06.06.2018: Sieh

Anlage VB-21

Nachgereichte Bescheidung der Anhörungsrügen

vom **26.März 2018 und 27.April 2018** mit Versagung weiterer Rechtsmittel als Steilvorlage für Eskalation von ungeheuerlichen Missbrauch von Staatsgewalt zu den Aktenzeichen

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

mit den Duplex-Beschlüssen vom **06.06.2018**

Inzwischen hat der Beschwerdeführer den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

angeschrieben mit Schreiben vom 10.Juni 2018 (20 Seiten)

in Kopie an

**Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)**

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

Sieh Anlage VB-22 Seite 14 Anlage 0602-BP, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Der Beschwerdeführer ist bemüht, in einem persönlichen Schreiben an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts das gesamte Schreiben an den Bundespräsidenten zuzusenden. Deswegen ist eine Vorlage der Verfassungsbeschwerde beim Präsidenten unerlässlich.

Hinzu kommt (Sieh Anlage VB-22)

Schriftsatz vom 17.Juni 2018 mit Anfechtung der Duplex-Beschlüsse der 6.Strafkammer vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal und mit Antrag auf unverzügliche Rückerstattung des erpressten Lösegelds und Haftentschädigung inkl. Schmerzensgeld

134. Mit Schriftsatz vom 10.Mai 2018 Information an die 6. Strafkammer über termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde innerhalb eines Monats

Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit Schriftsatz vom 18.Mai 2018 termingerecht durchgeführt

Bundespräsident mit Schriftsatz vom 10.Juni 2018 um Vermittlung und Stellungnahme gebeten

135. Verfassungswidrig: Beide Beschlüsse der 6.Strafkammer zu o.g. Aktenzeichen vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage.

Strafbare Rechtsbeugung der 1.Instanz, deren Auflösung durch

2.Instanz trotz ausführlicher Beweisvorlage verhindert wird

Beide Beschlüsse: Ursache für Eskalation zu schwerem Missbrauch von Staatsgewalt mit diskriminierenden Haftbefehl

Daher: Nachreichung dieses Schriftsatzes an laufende Verfassungsbeschwerde.

136. Duplex-Beschlüsse der 6.Strafkammer des Landgerichts als Ursache für Eskalation zu schwerem Missbrauch von Staatsgewalt

> mit Überfall auf 77-jährigen Rentner im Schlafanzug,

> mit 4-Mann-Polizeitruup mit Verhöhnung des Grundgesetzes

> mit Haftbefehl ohne Möglichkeit der Kenntnisnahme von Rechten

> mit anschließender totaler Isolationshaft in

> Gefangenzelle mit offenem "indischen Plumpsklo" und

intensivem Uringestank in der Zelle und Untersagung der Toilettenbenutzung auf der Etage gegenüber

Antrag auf unverzügliche Rückerstattung des erpressten Lösegelds und Haftentschädigung inkl. Schmerzensgeld

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Es ist längst an der Zeit, dass die ständige

Verletzung fundamentaler Menschenrechte beendet wird,

mit der auch noch die psychische Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vollendet werden soll,

mit der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

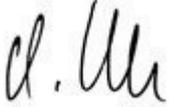
gegen einen 77-jährigen Rentner mit einem herausragendem Lebenswerk ein 2.Mal wiederholt wird:

das Verfahren ist ein unerträglicher Verstoß gegen die Menschenwürde

(Art.1 Abs.1 GG), die von dieser Strafkammer selbst bei der Verurteilung von Räubern und Mördern zu beachten ist.

Kein Weiter so, daher diese Verfassungsbeschwerde mit
Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Velbert, 18.Juni 2018



Albin L. Ockl

Anlagen hier:

Anlage VB-21

Nachgereichte Bescheidung der Anhörungsrügen
vom **26.März 2018 und 27.April 2018** mit Versagung weiterer Rechtsmittel als
Steilvorlage für Eskalation von ungeheuerlichen Missbrauch von Staatsgewalt
zu den Aktenzeichen
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
mit den Duplex-Beschlüssen vom **06.06.2018**

Anlage VB-22

Schriftsatz vom 17.Juni 2018 an die 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal
mit Anfechtung der beiden Beschlüsse der 6.Strafkammer zu o.g. Aktenzeichen
vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im
Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts mit
Anlage 0601-VB, Anlage 0602-BP, Anlage 0603-Haftbefehl 1216/18
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 277)

Anlage 0601-VB

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 mit Antrag auf Vorlage beim
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (Kapitelübersicht mit Link auf
Internet-Doku)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Anlage 0602-BP

Schreiben an den Bundespräsidenten vom 10.Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
mit Link auf Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Anlage 0603-Haftbefehl 1216/18

mit Belehrung ohne eine Chance der Kenntnisnahme, ausgehändigt
nach 3-tägiger Haft in der JVA Wuppertal am Samstag, 16.Juni 2018
trotz unmissverständlicher Forderung nach Einsicht bei
Festnahme am 14.Juni 2018 und
Entlassungsschein vom 16.06.2018

Anlagen der Verfassungsbeschwerde VB vom 18.Mai 2018

Anlage VB-11

Schriftsatz vom 10.Mai 2018 zwecks Mitteilung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wegen wiederholter Versagung von rechtllichem Gehör in einem **Duplex-Beschwerdeverfahren** und Zurückweisung aller Rechnungen sowie der/die Ladung(en) zur Justizvollzugsanstalt vom 08.05.2018 (eingegangen am 14.05.2018)
aus diesem verfassungswidrigen Verfahren einschließlich der Legende aller schriftlichen Eingaben seit 2011 an das Amtsgericht Mettmann und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren und Zwangsverfahren der Kreisverwaltung
133. Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts Erzwingung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung des Opfers
> 26 Qs 82/18 (923 Js-OWi 283/17) gemäß Kapitel 130 im Schriftsatz vom 27.April 2018 und
> 26 Qs 22/18 (723 Js 331/16) gemäß Kapitel 124 im Schriftsatz vom 26.März 2018 an die 6.Strafkammer mit Versagung von rechtllichem Gehör und Versagung einer Bescheidung von Anhörungsrügen im wiederholten Falle
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 254)

Anlage VB-12

Schriftsatz vom 27.April 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018 (eingegangen am 20.April 2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge
im Verfahren zur sofortigen Beschwerde vom 24.Feb.2018 gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 (eingegangen am 19.Feb.2018) und Zurückweisung aller Kosten in einem verfassungswidrigen Verfahren, das mit einer Verkehrsordnungswidrigkeit oder einer anderen Ordnungswidrigkeit überhaupt nichts zu tun hat.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 220)

Anlage VB-13 (LG)

Beschluss vom 12.04.2018
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

Anlage VB-14

Schriftsatz vom 26.März 2018 an das Landgericht mit Anhörungsrüge
wegen Anhörungrsistenz zu Argumenten der Sofortigen Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 13.03 2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 178)

Anlage VB-15 (LG)

Beschluss vom 13.03.2018
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Anlage VB-16

Schriftsatz vom 04.März 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und mit Zurückweisung einer rechtswidrigen Bestandskraft nach

sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 150)

Anlage VB-17 (LG)

Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck vom 19.02.2018

Anlage VB-18

Schriftsatz vom 24.Feb.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 in Anlage AGME-06022018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 105)

mit den Anlagen AGME-06022018 bis 12022018

Anlagen dieser Beschwerde

Anlage AGME-06022018

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 09.Feb.2018 mit Zurückweisung des Ablehnungsgesuchs gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-07022018

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 im Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 86)

Anlage AGME-08022018

Formlose Stellungnahme vom 11.01.2018 durch Justizobersekretärin Paul zum Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-09022018

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 mit Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

mit **Anlage 01012018:**

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann vom 21.12.2017 (eingegangen am 23.12.2017) zum Antrag des getäuschten Opfers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach **Antrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal mit Freiheitsberaubung unter dem**

Deckmantel von Erzwingungshaft

Anlage AGME-10022018

Schriftsatz vom 04.Dez.2017 mit Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 sowie mit Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Einspruch gegen jede Kostenberechnung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 187)

mit den Anlagen 170725, 170820, 170823:

Anlage 170725

Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17 nach Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde wegen Verurteilung für Verkehrsordnungswidrigkeit ohne jeden Bezug zur Realität Anspruch auf Staatshaftung für Zerschlagung Nr.5

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 170)

Anlage 170820

Schriftsatz vom 20.Aug.2017 an Kreisverwaltung Mettmann mit Einspruch gegen Anhörung vom 14.08.2017 (eingegangen am 15.08.2017)

Aktenzeichen 32-32 / 991700528/34

Anlage 170823

Einstellungsmittelteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017

Anlage AGME-11022018

Versäumnisurteil 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 wegen staatsanwaltschaftlicher Täuschung des Opfers durch Einstellungsmitteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017 gemäß Anlage 170823

Anlage AGME-12022018

Urteil vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung: Beweis für rechtswidrige Bußgeldverfahren, Beweis für verfassungswidrige Schikaneverfahren zur psychischen Zerschlagung

Anlage VB-19

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 (eingegangen am 19.Jan.2018) im Befangenheitsverfahren gegen Frau Richter in am Amtsgericht Küppers

Anlage zu Anlage VB-19

Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018

Anlage VB-20

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann gemäß Anlage AGME-02012018

zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 55)

mit den Anlagen AGME-02012018 bis 05012018

Anlage AGME-02012018 (Seite 32)

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 über Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

mit Bezug auf Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung und unerträglichen Defiziten zu Lasten des Opfers

Anlage AGME-03012018 (Seite 34)

Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung wegen wahrheitswidriger Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit im Rubrum

Anlage AGME-04012018 (Seite 38)

Schriftsatz vom 01.09.2016 (Kapitel 80-84) mit Einspruch gegen Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtmäßigem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage AGME-05012018 (Seite 43)

Paralleles Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert wegen einem mit strafbarer Rechtsbeugung zustande gekommenen Bußgeld in Höhe von 180 €: Verfassungswidriger Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 0721-9101-382

**Präsident des
Bundesverfassungsgerichts
Herrn Prof. Dr. Dr.h.c. Andreas Voßkuhle**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 26.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 34)

Unser Schreiben vom 10.Juni 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (AR 9662/18) und Schreiben vom 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Sehr verehrter Herr Präsident,

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind unser Lebenswerk,

das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung

(beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von uns in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Sieh unser unser Schreiben vom 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland (Anlage)

Ihre Worte: "Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber es respektieren"

Ein Rechtsstaat, der durch Missbrauch Unrecht erzeugt, wird damit zum Unrechtsstaat. Unser Vertrauen in den Rechtsstaat ist total erschüttert.

Erst im Laufe der letzten Jahre konnten wir erkennen, dass wir das **Opfer einer äußerst ungerechten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik** geworden sind, die mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen und gnadenlos durchgesetzt wurde.

Art.19 Abs.4 GG war Hintergrund Ihrer Promotion. Bittere Erfahrung ist, dass der ordentliche Rechtsweg reine Theorie ist, wenn die deutsche Bundesregierung (1), die bayerische Landesregierung (2) und der öffentlich-rechtliche Rundfunk (3) wegen "Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung" vom Opfer trotz kapitaler Vermögensschäden beklagt werden muss.

Auch wenn im Jahr 2000 Herr Frank-Walter Steinmeier als Chef des Bundeskanzleramtes für die Durchführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und danach für die Beherrschung der furchtbaren Folgewirkungen (HARTZ IV, Agenda 2010) verantwortlich war, so wurde daraus letztendlich das Werk von weisungsgebundenen Staatsanwälten in ganz Deutschland.

Inzwischen beklagen wir eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht, die Spitzenleistung eines Unrechtssystems mit weisungsgebundener, bundesweit tätiger Staatsanwaltschaft:

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden

mit juristischer Aufarbeitung seit 2010 inkl. abschließender Verfassungsbeschwerden wegen Versagung von rechtlichem Gehör (alle Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung)

unter Verantwortung der Bundesregierung mit Schlüsselbedeutung (1)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (2)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

unter Verantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (3)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung ist nicht mehr nachvollziehbar. Daher haben wir unseren Antrag auf Vorlage unserer Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai beim Präsidenten wiederholt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 27)

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Bitte lesen Sie weiter in der Anlage:



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), mit einem herausragendem Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

Bitte lesen Sie weiter in der **Anlage**
Unser Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>:

Dieses Schreiben:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>
Scroll down after link (page 34)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 0721-9101-382

**Präsident des
Bundesverfassungsgerichts
Herrn Prof. Dr. Dr.h.c. Andreas Voßkuhle**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 03.August 2018

Internet-Doku zum 1. / 2.Schreiben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 34/37)

Unser 2.Schreiben vom 25.Juli 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18, AR 9662/18) und

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Sehr verehrter Herr Präsident,

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind unser Lebenswerk, ein lebenslanges Lebenswerk,

das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung

(beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von uns in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Sieh unser erstes Schreiben vom 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland (zugesandt)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Auch wenn im Jahr 2000 Herr Frank-Walter Steinmeier als Chef des Bundeskanzleramtes für die Durchführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und danach für die Beherrschung der furchtbaren Folgewirkungen (HARTZ IV, Agenda 2010) verantwortlich war, so wurde daraus letztendlich das **Werk von weisungsgebundenen Staatsanwälten in ganz Deutschland.**

Inzwischen beklagen wir eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht, die Spitzenleistung eines Unrechtssystems mit weisungsgebundener, bundesweit tätiger Staatsanwaltschaft:

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, mit Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden

mit juristischer Aufarbeitung seit 2010 inkl. abschließenden Verfassungsbeschwerden wegen Versagung von rechtlichem Gehör (alle Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung)

unter Verantwortung der Bundesregierung mit Schlüsselbedeutung (Zerschl. 1)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

unter Verantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Bundesweite Sippenzerschlagung mit mehreren Tätern, Zerschlagung 1, 2 und 3, ist das Werk von angewiesenen, bundesweit tätigen Staatsanwaltschaften

> **Juli 2012: Mein Bruder wurde Todesopfer** dieser bundesweiten Sippenzerschlagung (Zerschlagung 2)

Sieh Seite 16 des ersten Schreibens

> **Juni 2018: Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter** unter dem Deckmantel von Erziehungshaft für 180 € (nach Rechtsbeugung durch 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitruup mit anschließender teuflischer Isolationshaft in der JVA Wuppertal (Seite 5 des Anschreibens an den Bundespräsidenten)

Der Unterzeichner, Justizopfer und lebendes Zerschlagungsopfer, mit bundesweiter Zersplitterung aller zusammenhängenden Gerichtsverfahren der politisch motivierten Zerschlagungen und ihrer Folgewirkungen auf Verwaltungs- und Zivilgerichte seit 2011, **mit Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage,**

hat mit erstem Schreiben vom 10.Juni 2018 dem **Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland** die katastrophalen Auswirkungen einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht, ausführlich dargelegt
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

und mit zweitem Schreiben vom 25. Juli 2018 den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland an die katastrophalen
Auswirkungen dieser gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998,
über 20 Jahre bitteres Unrecht, erinnert,
weil das erste Schreiben nicht beantwortet wurde:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>
Scroll down after link (page 22)

**Die Verwaltungsgerichte in Berlin und Düsseldorf sind informiert über
persönliche Beziehung und politische Verantwortung des
Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers**

mit ausführlicher Darstellung im
ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu
bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit
bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2),
unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1),
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>
Scroll down after link (page 128)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 285)

Eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten, mit
persönlicher Beziehung und politischer Verantwortung
zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, zur bundesweiten
Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens,
zur Perversion der Umverteilungspolitik zur Zerschlagungspolitik,
u.a. ist hilfreich.

**Der Antrag auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des
Bundespräsidenten an den genannten Verwaltungsgerichten ist
begründet und wurde wiederholt vorgetragen.**

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator dieser Congressmessen, der führenden Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit zur Jahrtausendwende (New Economy 2000), mit einem herausragendem Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

Bitte lesen Sie weiter in der **Anlage**

Zweites Schreiben vom 25. Juli 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>:

Scroll down after link (page 22)

Dieses Schreiben:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 37)

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
2 BvR 1299/18**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 24.Aug. 2018

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 (AR 3662/18)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
(gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)**

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten
Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung
der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße
gegen fundamentale Menschenrechte

**trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa. Daher**

**Hier: Wiederholter Antrag auf bis heute versagte Stellungnahme des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**

zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010

vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

trotz persönlicher Verantwortung als Kanzleramtschef 1999-2005 und trotz eines
2.Schreibens an den Bundespräsidenten ohne Beantwortung beider Schreiben

Inzwischen: Nicht nur Versagung von rechtlichem Gehör trotz Instanz
abschließender Anhörungsrügen, sondern zusätzlich Eskalation zu Missbrauch
von Staatsgewalt mit **strafbarer** Rechtsbeugung im Wiederholungsfall in
schikanierenden Gerichtsverfahren seit 2011 mit Ziel der sozialen und
psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Bundesrepublik Deutschland, hier vertreten vom Kreis Mettmann
(Verwaltungsbehörde), unterstützt von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Wuppertal (Weisungsgeber: beklagtes Bundeskanzleramt),

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1
bis 6, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems),

Aktenzeichen:

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Begründung der Verfassungsbeschwerde

mit fortsetzender Nummerierung der Kapitel seit Februar 2016:

BVERFG-27. Wiederholter Antrag auf bis heute versagte Stellungnahme des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und daraus resultierender politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf trotz persönlicher Beziehung des Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) zu beklagten Vorgängen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Der Beschwerdeführer, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems, hat mit einer ausführlich dokumentierten Verfassungsbeschwerde (264 Seiten) im Schriftsatz vom 18.Mai 2018 das Bundesverfassungsgericht angerufen. Die Verfassungsbeschwerde mit den

Kapiteln BVERFG-21 bis BVERFG-26 (Sieh Anlage VB-22 Seite 11 mit Anlage 0601-VB) ist zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Inzwischen hat der Beschwerdeführer den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

zweimal angeschrieben:

mit Schreiben vom 10.Juni 2018 (21 Seiten) in Kopie an

Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

Sieh Anlage VB-22 Seite 14 Anlage 0602-BP, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

mit Schreiben vom 25.Juli 2018 (9 Seiten) in Kopie an

Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 22)

Seit dem 1.Anschreiben sind über 10 Wochen, seit dem 2.Anschreiben ist ein Monat vergangen, ohne auch nur eine Empfangsbestätigung, geschweige den eine Stellungnahme zu erreichen.

Der Beschwerdeführer hat daher eine ausführlich begründete **Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten vor den Verwaltungsgerichten vorgenommen und darüber hinaus Antrag auf Verrechnung ausstehender Sozialabgaben mit Rehabilitierung und Schadenersatz sowie Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe gestellt:**

Sieh Anlage VB-23

Beklagt wird psychische Zerschlagung (wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter) und soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit)
unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft
(Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt)

Erste Freiheitsberaubung im Juni 2014
Strafanzeige und anschließende Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018
trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18)
wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 €
(nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitruup mit
Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>
Scroll down after link (page 29).

Soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit
mit laufender Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018 (1 BvR 1618/18)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Es ist längst an der Zeit, dass die ständige
Verletzung fundamentaler Menschenrechte beendet wird,
mit der auch noch die psychische Zerschlagung des Opfers politisch motivierter
Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu Sippenzerschlagung mit
Verlust eines nahestehenden Menschenlebens vollendet werden soll,
mit der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
gegen einen 77-jährigen Rentner mit einem herausragendem Lebenswerk ein
2.Mal wiederholt wird:
das Verfahren am Landgericht ist ein unerträglicher Verstoß gegen die
Menschenwürde (Art.1 Abs.1 GG), die an Strafgerichten selbst bei der
Verurteilung von Räubern und Mördern zu beachten ist.

Kein Weiter so, daher wiederholter
Antrag auf Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung.

Velbert, 24.Aug. 2018



Albin L. Ockl

Anlage VB-23 (hier)
Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit
Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach
zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 18.Juni 2018

Anlage VB-21

Nachgereichte Bescheidung der Anhörungsrügen vom **26.März 2018 und 27.April 2018** mit Versagung weiterer Rechtsmittel als Steilvorlage für Eskalation von ungeheuerlichen Missbrauch von Staatsgewalt zu den Aktenzeichen

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

mit den Duplex-Beschlüssen vom **06.06.2018**

Anlage VB-22

Schriftsatz vom 17.Juni 2018 an die 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal mit Anfechtung der beiden Beschlüsse der 6.Strafkammer zu o.g. Aktenzeichen vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im

Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts mit Anlage 0601-VB, Anlage 0602-BP, Anlage 0603-Haftbefehl 1216/18

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Anlage 0601-VB

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (Kapitelübersicht mit Link auf Internet-Doku)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Anlage 0602-BP

Schreiben an den Bundespräsidenten vom 10.Juni 2018 in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14), Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18) mit Link auf Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Anlage 0603-Haftbefehl 1216/18

mit Belehrung ohne eine Chance der Kenntnisnahme, ausgehändigt nach 3-tägiger Haft in der JVA Wuppertal am Samstag, 16.Juni 2018 trotz unmissverständlicher Forderung nach Einsicht bei Festnahme am 14.Juni 2018 und Entlassungsschein vom 16.06.2018

Anlagen der Verfassungsbeschwerde VB vom 18.Mai 2018

Anlage VB-11

Schriftsatz vom 10.Mai 2018 zwecks Mitteilung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wegen wiederholter Versagung von rechtllichem Gehör in einem **Duplex-Beschwerdeverfahren** und Zurückweisung aller Rechnungen sowie der/die Ladung(en) zur Justizvollzugsanstalt vom 08.05.2018 (eingegangen am 14.05.2018)
aus diesem verfassungswidrigen Verfahren einschließlich der Legende aller schriftlichen Eingaben seit 2011 an das Amtsgericht Mettmann und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren und Zwangsverfahren der Kreisverwaltung
133. Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts Erzwingung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung des Opfers
> 26 Qs 82/18 (923 Js-OWi 283/17) gemäß Kapitel 130 im Schriftsatz vom 27.April 2018 und
> 26 Qs 22/18 (723 Js 331/16) gemäß Kapitel 124 im Schriftsatz vom 26.März 2018 an die 6.Strafkammer mit Versagung von rechtllichem Gehör und Versagung einer Bescheidung von Anhörungsrügen im wiederholten Falle
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 254)

Anlage VB-12

Schriftsatz vom 27.April 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018 (eingegangen am 20.April 2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge
im Verfahren zur sofortigen Beschwerde vom 24.Feb.2018 gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 (eingegangen am 19.Feb.2018) und Zurückweisung aller Kosten in einem verfassungswidrigen Verfahren, das mit einer Verkehrsordnungswidrigkeit oder einer anderen Ordnungswidrigkeit überhaupt nichts zu tun hat.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 220)

Anlage VB-13 (LG)

Beschluss vom 12.04.2018
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

Anlage VB-14

Schriftsatz vom 26.März 2018 an das Landgericht mit Anhörungsrüge
wegen Anhöhrungsresistenz zu Argumenten der Sofortigen Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 13.03 2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 178)

Anlage VB-15 (LG)

Beschluss vom 13.03.2018
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Anlage VB-16

Schriftsatz vom 04.März 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und mit Zurückweisung einer rechtswidrigen Bestandskraft nach

sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 150)

Anlage VB-17 (LG)

Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck vom 19.02.2018

Anlage VB-18

Schriftsatz vom 24.Feb.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 in Anlage AGME-06022018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 105)

mit den Anlagen AGME-06022018 bis 12022018

Anlagen dieser Beschwerde

Anlage AGME-06022018

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 09.Feb.2018 mit Zurückweisung des Ablehnungsgesuchs gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-07022018

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 im Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 86)

Anlage AGME-08022018

Formlose Stellungnahme vom 11.01.2018 durch Justizobersekretärin Paul zum Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-09022018

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 mit Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

mit **Anlage 01012018**:

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann vom 21.12.2017 (eingegangen am 23.12.2017) zum Antrag des getäuschten Opfers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach **Antrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal mit Freiheitsberaubung unter dem**

Deckmantel von Erzwingungshaft

Anlage AGME-10022018

Schriftsatz vom 04.Dez.2017 mit Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 sowie mit Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Einspruch gegen jede Kostenberechnung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 187)

mit den Anlagen 170725, 170820, 170823:

Anlage 170725

Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17 nach Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde wegen Verurteilung für Verkehrsordnungswidrigkeit ohne jeden Bezug zur Realität Anspruch auf Staatshaftung für Zerschlagung Nr.5

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 170)

Anlage 170820

Schriftsatz vom 20.Aug.2017 an Kreisverwaltung Mettmann mit Einspruch gegen Anhörung vom 14.08.2017 (eingegangen am 15.08.2017)

Aktenzeichen 32-32 / 991700528/34

Anlage 170823

Einstellungsmittelteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017

Anlage AGME-11022018

Versäumnisurteil 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 wegen staatsanwaltschaftlicher Täuschung des Opfers durch Einstellungsmitteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017 gemäß Anlage 170823

Anlage AGME-12022018

Urteil vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung: Beweis für rechtswidrige Bußgeldverfahren, Beweis für verfassungswidrige Schikaneverfahren zur psychischen Zerschlagung

Anlage VB-19

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 (eingegangen am 19.Jan.2018) im Befangenheitsverfahren gegen Frau Richter in am Amtsgericht Küppers

Anlage zu Anlage VB-19

Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018

Anlage VB-20

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann gemäß Anlage AGME-02012018

zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 55)

mit den Anlagen AGME-02012018 bis 05012018

Anlage AGME-02012018 (Seite 32)

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 über Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

mit Bezug auf Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung und unerträglichen Defiziten zu Lasten des Opfers

Anlage AGME-03012018 (Seite 34)

Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung wegen wahrheitswidriger Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit im Rubrum

Anlage AGME-04012018 (Seite 38)

Schriftsatz vom 01.09.2016 (Kapitel 80-84) mit Einspruch gegen Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtmäßigem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage AGME-05012018 (Seite 43)

Paralleles Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert wegen einem mit strafbarer Rechtsbeugung zustande gekommenen Bußgeld in Höhe von 180 €: Verfassungswidriger Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
Präsident**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 10.Sept. 2018

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 (AR 3662/18)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
(gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)**

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten
Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung
der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße
gegen fundamentale Menschenrechte

**trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa. Daher**

**Hier: Wiederholter Antrag (Forts.) auf bis heute versagte Stellungnahme
des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**

zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010

vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

trotz persönlicher Verantwortung als Kanzleramtschef 1999-2005 und trotz eines
2.Schreibens an den Bundespräsidenten ohne Beantwortung beider Schreiben

Inzwischen: Nicht nur Versagung von rechtlichem Gehör trotz Instanz
abschließender Anhörungsrügen, sondern zusätzlich Eskalation zu groben
Missbrauch von Staatsgewalt mit **strafbarer** Rechtsbeugung im
Wiederholungsfall in schikanierenden Gerichtsverfahren seit 2011 mit Ziel der
sozialen und psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Bundesrepublik Deutschland, hier vertreten vom Kreis Mettmann
(Verwaltungsbehörde), unterstützt von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Wuppertal (Weisungsgeber: beklagtes Bundeskanzleramt),

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1
bis 6, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems),

Aktenzeichen:

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Begründung der Verfassungsbeschwerde

mit fortsetzender Nummerierung der Kapitel seit Februar 2016:

BVERFG-28. Fortsetzung des bereits wiederholten Antrags auf bis heute versagte Stellungnahme des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und daraus resultierender politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf trotz persönlicher Beziehung des Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) zu beklagten Vorgängen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 48)

Der Beschwerdeführer, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems, hat mit einer ausführlich dokumentierten Verfassungsbeschwerde (264 Seiten) im Schriftsatz vom 18.Mai 2018 das Bundesverfassungsgericht angerufen. Die Verfassungsbeschwerde mit den Kapiteln BVERFG-21 bis BVERFG-26 (Sieh Anlage VB-22 Seite 11 mit Anlage 0601-VB) ist zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Inzwischen hat der Beschwerdeführer den **Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland** zweimal angeschrieben:

mit Schreiben vom 10.Juni 2018 (21 Seiten) in Kopie an **Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14), Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)**

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
Sieh Anlage VB-22 Seite 14 Anlage 0602-BP, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

mit Schreiben vom 25.Juli 2018 (9 Seiten) in Kopie an **Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14), Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 22)

Seit dem 1.Anschreiben sind über 3 Monate, seit dem 2.Anschreiben ist über 7 Wochen vergangen, ohne auch nur eine Empfangsbestätigung, geschweige den eine Stellungnahme zu erreichen.

Der Beschwerdeführer hat daher eine ausführlich begründete Fortsetzung der **Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten vor den Verwaltungsgerichten vorgenommen und darüber hinaus Antrag auf Verrechnung ausstehender Sozialabgaben mit Rehabilitierung und Schadenersatz sowie zeitnahe Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe gestellt:**

Sieh Anlage VB-24

Der Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin (in Kopie an das Verwaltungsgericht Düsseldorf) umfasst folgende Kapitel:

Kapitel 119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden

Kapitel 120. Alle Bemühungen vergeblich: **Bundespräsident** will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung
Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser Staatsanwaltschaft
Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz
Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen
politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung
Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:
abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

Kapitel 121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates, Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von **politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden**

- > Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter
- > Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
- > Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen Sicherheit
- > Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
- >>> [Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa](#)
- > [Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates](#)

Kapitel 122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft

Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so! Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation im Deutschen Bundestag

Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)
Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln mit zusätzlicher Internet-Dokumentation:

>>> <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 66)

Beklagt wird psychische Zerschlagung (wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter) und soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit)

unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft
(Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt)

Erste Freiheitsberaubung im Juni 2014

Strafanzeige und anschließende Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

>>> <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018

trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18)

wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € (nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitruup mit Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal:

>>> <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 29).

Soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit mit Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018 (1 BvR 1618/18)

>>> <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Es ist längst an der Zeit, dass die ständige Verletzung fundamentaler Menschenrechte beendet wird, mit der auch noch die psychische Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens vollendet werden soll, mit der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft gegen einen 77-jährigen Rentner mit einem herausragendem Lebenswerk ein 2.Mal wiederholt wird:
das Verfahren am Landgericht ist ein unerträglicher Verstoß gegen die Menschenwürde (Art.1 Abs.1 GG), die an Strafgerichten selbst bei der Verurteilung von Räufern und Mördern zu beachten ist.

Kein Weiter so, daher wiederholter
Antrag auf Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung.

Velbert, 10.Sept. 2018



Albin L. Ockl

Anlage VB-24 (hier)

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>
Scroll down after link (page 66)

Anlagen im Schriftsatz vom 24.Aug. 2018

Anlage VB-23

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 18.Juni 2018

Anlage VB-21

Nachgereichte Bescheidung der Anhörungsrügen vom **26.März 2018 und 27.April 2018** mit Versagung weiterer Rechtsmittel als Steilvorlage für Eskalation von ungeheuerlichen Missbrauch von Staatsgewalt zu den Aktenzeichen
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
mit den Duplex-Beschlüssen vom **06.06.2018**

Anlage VB-22

Schriftsatz vom 17.Juni 2018 an die 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal mit Anfechtung der beiden Beschlüsse der 6.Strafkammer zu o.g. Aktenzeichen vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts mit Anlage 0601-VB, Anlage 0602-BP, Anlage 0603-Haftbefehl 1216/18
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 277)

Anlage 0601-VB

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (Kapitelübersicht mit Link auf Internet-Doku)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Anlage 0602-BP

Schreiben an den Bundespräsidenten vom 10.Juni 2018 in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14), Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18) mit Link auf Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Anlage 0603-Haftbefehl 1216/18

mit Belehrung ohne eine Chance der Kenntnisnahme, ausgehändigt nach 3-tägiger Haft in der JVA Wuppertal am Samstag, 16.Juni 2018 trotz unmissverständlicher Forderung nach Einsicht bei Festnahme am 14.Juni 2018 und Entlassungsschein vom 16.06.2018

Anlagen der Verfassungsbeschwerde VB vom 18.Mai 2018

Anlage VB-11

Schriftsatz vom 10.Mai 2018 zwecks Mitteilung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wegen wiederholter Versagung von rechtllichem Gehör in einem **Duplex-Beschwerdeverfahren** und Zurückweisung aller Rechnungen sowie der/die Ladung(en) zur Justizvollzugsanstalt vom 08.05.2018 (eingegangen am 14.05.2018)
aus diesem verfassungswidrigen Verfahren einschließlich der Legende aller schriftlichen Eingaben seit 2011 an das Amtsgericht Mettmann und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren und Zwangsverfahren der Kreisverwaltung
133. Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts Erzwingung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung des Opfers
> 26 Qs 82/18 (923 Js-OWi 283/17) gemäß Kapitel 130 im Schriftsatz vom 27.April 2018 und
> 26 Qs 22/18 (723 Js 331/16) gemäß Kapitel 124 im Schriftsatz vom 26.März 2018 an die 6.Strafkammer mit Versagung von rechtllichem Gehör und Versagung einer Bescheidung von Anhörungsrügen im wiederholten Falle
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 254)

Anlage VB-12

Schriftsatz vom 27.April 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018 (eingegangen am 20.April 2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge
im Verfahren zur sofortigen Beschwerde vom 24.Feb.2018 gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 (eingegangen am 19.Feb.2018) und Zurückweisung aller Kosten in einem verfassungswidrigen Verfahren, das mit einer Verkehrsordnungswidrigkeit oder einer anderen Ordnungswidrigkeit überhaupt nichts zu tun hat.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 220)

Anlage VB-13 (LG)

Beschluss vom 12.04.2018
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

Anlage VB-14

Schriftsatz vom 26.März 2018 an das Landgericht mit Anhörungsrüge
wegen Anhörungrsresistenz zu Argumenten der Sofortigen Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 13.03 2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 178)

Anlage VB-15 (LG)

Beschluss vom 13.03.2018
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Anlage VB-16

Schriftsatz vom 04.März 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und mit Zurückweisung einer rechtswidrigen Bestandskraft nach

sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 150)

Anlage VB-17 (LG)

Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck vom 19.02.2018

Anlage VB-18

Schriftsatz vom 24.Feb.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 in Anlage AGME-06022018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 105)

mit den Anlagen AGME-06022018 bis 12022018

Anlagen dieser Beschwerde

Anlage AGME-06022018

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 09.Feb.2018 mit Zurückweisung des Ablehnungsgesuchs gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-07022018

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 im Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 86)

Anlage AGME-08022018

Formlose Stellungnahme vom 11.01.2018 durch Justizobersekretärin Paul zum Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-09022018

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 mit Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

mit **Anlage 01012018**:

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann vom 21.12.2017 (eingegangen am 23.12.2017) zum Antrag des getäuschten Opfers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach **Antrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal mit Freiheitsberaubung unter dem**

Deckmantel von Erzwingungshaft

Anlage AGME-10022018

Schriftsatz vom 04.Dez.2017 mit Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 sowie mit Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Einspruch gegen jede Kostenberechnung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 187)

mit den Anlagen 170725, 170820, 170823:

Anlage 170725

Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17 nach Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde wegen Verurteilung für Verkehrsordnungswidrigkeit ohne jeden Bezug zur Realität Anspruch auf Staatshaftung für Zerschlagung Nr.5

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 170)

Anlage 170820

Schriftsatz vom 20.Aug.2017 an Kreisverwaltung Mettmann mit Einspruch gegen Anhörung vom 14.08.2017 (eingegangen am 15.08.2017)

Aktenzeichen 32-32 / 991700528/34

Anlage 170823

Einstellungsmittelteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017

Anlage AGME-11022018

Versäumnisurteil 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 wegen staatsanwaltschaftlicher Täuschung des Opfers durch Einstellungsmitteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017 gemäß Anlage 170823

Anlage AGME-12022018

Urteil vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung: Beweis für rechtswidrige Bußgeldverfahren, Beweis für verfassungswidrige Schikaneverfahren zur psychischen Zerschlagung

Anlage VB-19

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 (eingegangen am 19.Jan.2018) im Befangenheitsverfahren gegen Frau Richter in am Amtsgericht Küppers

Anlage zu Anlage VB-19

Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018

Anlage VB-20

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann gemäß Anlage AGME-02012018

zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 55)

mit den Anlagen AGME-02012018 bis 05012018

Anlage AGME-02012018 (Seite 32)

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 über Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

mit Bezug auf Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung und unerträglichen Defiziten zu Lasten des Opfers

Anlage AGME-03012018 (Seite 34)

Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung wegen wahrheitswidriger Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit im Rubrum

Anlage AGME-04012018 (Seite 38)

Schriftsatz vom 01.09.2016 (Kapitel 80-84) mit Einspruch gegen Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtmäßigem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage AGME-05012018 (Seite 43)

Paralleles Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert wegen einem mit strafbarer Rechtsbeugung zustande gekommenen Bußgeld in Höhe von 180 €: Verfassungswidriger Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
Präsident**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 05.Okt. 2018

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 (AR 3662/18) vom 18.Mai 2018
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
(gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)**

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten
Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung
der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße
gegen fundamentale Menschenrechte

**trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa. Daher**

**Hier: Fortsetzung der Antragswiederholung zur bis heute versagten
Stellungnahme des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**

zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010

vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

trotz persönlicher Verantwortung als Kanzleramtschef 1999-2005

(Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten Umverteilungspolitik)

Inzwischen: Nicht nur Versagung von rechtlichem Gehör trotz Instanz
abschließender Anhörungsrügen, sondern zusätzlich Eskalation zu groben
Missbrauch von Staatsgewalt mit **strafbarer** Rechtsbeugung im
Wiederholungsfall in schikanierenden Gerichtsverfahren seit 2011 mit Ziel der
sozialen und psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Bundesrepublik Deutschland, hier vertreten vom Kreis Mettmann
(Verwaltungsbehörde), unterstützt von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Wuppertal (Weisungsgeber: beklagtes Bundeskanzleramt),

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1
bis 6, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems),

Aktenzeichen:

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Begründung der Verfassungsbeschwerde

Fortsetzung mit fortlaufender Nummerierung seit 18.Mai 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 57)

BVERFG-29. Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit zwischenzeitlicher Eskalation eines absurden "Strafverfahrens" zur wiederholten Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel einer Erzwingungshaft für 180€ des überlebenden Opfers einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang für den Bruder des Zerschlagungsopfers (verstorbenes Zerschlagungsopfer) mit wiederholtem Antrag auf bis heute versagte Stellungnahme des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und daraus resultierender politisch motivierter Sippenzerschlagung, Verlust eines nahestehenden Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf trotz persönlicher Beziehung des Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) zu beklagten Vorgängen

Die Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 ist zusätzlich nachlesbar in einer vernetzten Internetdokumentation:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Die Verfassungsbeschwerde umfasst folgende Kapitel:

Kapitel **BVERFG-21**. Angegriffene Hoheitsakte

Gerichtsbeschlüsse schikanierender Gerichtsverfahren

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu den Schriftsätzen des Beschwerdeführers in zeitlicher Reihenfolge seit 2016,

im Anschluss an die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Februar 2016 wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von

Erzwingungshaft mit extremistischer Ausuferung zu einer

hasskriminellen "Hexenjagd" durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft am

Amtsgericht Mettmann, am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal, mit

Missbrauch von Sozialversicherungen zur sozialen Zerschlagung und

psychischen Zerschlagung

Kapitel **BVERFG-22**. Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Teil eines

teuflichen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems

und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der „herrschenden“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,

unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen
Unrechtssystems ist zu schützen

Kapitel **BVERFG-23**. Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach
Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem
seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts**

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

**Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller
Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft**

sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

Kapitel **BVERFG-24**. Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

im krassem Widerspruch zu >

> Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

**Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen
Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland,
Europa und weltweit**

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitation
für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des
Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines
Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

Kapitel **BVERFG-25**. Zurückweisung verfassungswidriger Justiz:

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

die serienweise gegen Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte verstoßen: Rechtsbeugung wie in einer Bananenrepublik

Versuch der Urteilsmanipulation mit nachfolgendem Beschluss

Erklärung der Rechtskraft dieses Urteils nach Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde gegen das Urteil durch das Landgericht

Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes mit parallelen Verfahren am Amtsgericht Mettmann und Velbert zwecks Verdoppelung des Bußgeldes

Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes mit Duplex-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Duplex-Beschwerde-Verfahren am Landgericht Wuppertal

Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft für Bußgelder an

eine skrupellose, diskriminierende, diffamierende Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung verfassungswidrig und wegen unerträglicher,

ständiger Versagung von rechtlichem Gehör nach dem grundrechtsgleichen Anspruch gemäß Art.103 Abs.1 GG zurückzuweisen

Verstoß gegen die Menschenwürde (Art.1 Abs.1 GG)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 18.Juni 2018

Kapitel **BVERFG-26**. Wiederholung des Antrags auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

nach Schreiben an Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland in Kopie an Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und an

Verwaltungsgerichte

mit Verzögerung infolge eskalierenden Missbrauchs von Staatsgewalt gemäß

Anlagen mit schwerem Vorwurf strafbarer Rechtsbeugung und

Versagung von Rechtsmittel zur Auflösung der Rechtsbeugung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 27)

Zugesandt: Schreiben vom 26.Juni 2018 an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

mit Anlage des ersten Schreibens vom 10.Juni 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>:

Zugesandt: Weiteres Schreiben 03.Aug.2018 an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

mit Anlage des zweiten Schreiben vom 25.Juli 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>:

Scroll down after link (page 22)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 24.Aug. 2018

Kapitel **BVERFG-27**. Wiederholter Antrag auf bis heute versagte Stellungnahme des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und daraus

resultierender politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines

nahestehenden Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

trotz persönlicher Beziehung des Bundespräsidenten als
Kanzleramtschef (1999-2005) zu beklagten Vorgängen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>
Scroll down after link (page 41)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 10.Sept. 2018

Kapitel **BVERFG-28**. Fortsetzung des bereits
wiederholten Antrags auf bis heute versagte Stellungnahme
des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und
daraus resultierender politisch motivierter Sippenzerschlagung mit
Verlust eines nahestehenden Menschenlebens und kapitalen
Vermögensschäden
vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
trotz persönlicher Beziehung des Bundespräsidenten als
Kanzleramtschef (1999-2005) zu beklagten Vorgängen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>
Scroll down after link (page 48)

Der Beschwerdeführer hat mit Schriftsatz vom 28.Sept.2018 (Anlage VG181002-01) das Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) angeschrieben wegen
Fortsetzung der

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
gegen Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, vertreten durch Intendanten
des Westdeutschen Rundfunk **Tom Buhrow**,
Appellhofplatz 2, 50667 Köln (Beklagter)
durch Antragswiederholung auf Zeugenaussage des heutigen
Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zu abscheulichen Vorgängen
einer pervertierten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter seiner
Amtszeit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005

Der Beschwerdeführer hat mit Schriftsatz 02.Okt.2018 (Anlage VB-25) das
Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) angeschrieben wegen

Erweiterung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit
Schadenersatz mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des
Bundespräsidenten
gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1,
10557 Berlin (Beklagte)
durch Antragswiederholung auf Zeugenaussage des heutigen
Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zu abscheulichen Vorgängen
einer pervertierten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter seiner
Amtszeit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005

Mit den Presseinformationen Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks trotz Rundfunksperre zu diesen
ungeheuerlichen Vorgängen einer vernichtenden Zerschlagungspolitik
soll erreicht werden,
dass die beklagten Täter endlich Verantwortung übernehmen, auch für
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter (hier diese Verfassungsbeschwerde
betreffend).

BVERFG-30. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) als verantwortlicher Büroleiter von Gerhard Schröder und Leiter der niedersächsischen Staatskanzlei (1993-1998) zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005 Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert Sieh Presseinformation

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!

Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:

Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005

Gegen eine Mauer des Schweigens:

> *Deutscher Bundespräsident schweigt*

> *Bundeskanzlerin schweigt*

> *Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt*

> *Freistaat Bayern schweigt*

> *Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt*

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zur

bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit

psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,

soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten

Frank-Walter Steinmeier kann sich nicht hinter dem zu respektierenden Bundespräsidenten verstecken, wenn die Stellungnahme zu seiner Vergangenheit erforderlich ist. **Nur die Wahrheit zählt.**

Wahrheit 01: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit

psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,

soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

ist das Ergebnis einer

pervertierten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter der

Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier als Chef des

Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Wahrheit 02: Die Durchsetzung der Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik wurde mit einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen.

Die Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 war total rechtswidrig, indem der Innovationsmarkt nachhaltig zerstört wurde, mit verheerenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt (Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz, gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG).

Der zusätzliche Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine vernichtende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ist ein skandalöser Frontalangriff auf das Grundgesetz. Sieh Anlage Presseinformation Nr.8 Seite 2.

Wahrheit 03: Die Eskalation zu einer bundesweiten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod ist das Werk einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hinter einer Mauer des Schweigens bis heute ständig neue staatliche Übergriffe auf das Zerschlagungsoffer produziert:

> **Der Deutsche Bundespräsident schweigt**

> **Die Bundeskanzlerin schweigt**

> **Das beklagte Bundeskanzleramt schweigt**

> **Der beklagte Freistaat Bayern schweigt**

> **Der beklagte öffentlich-rechtliche Rundfunk schweigt,**

letzterer hat eine langjährige, bis heute wirksame Rundfunksperre festgelegt zu den ungeheuerlichen Vorgängen einer pervertierten Umverteilungspolitik, pervertiert zu einer Menschenrechte verletzenden Zerschlagungspolitik.

Wahrheit 04: Das noch lebende Zerschlagungsoffer hat den heutigen Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, **ohne eine Antwort zu erhalten.**

Erstes Schreiben vom 10.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Zweites Schreiben vom 25.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Scroll down after link (page 22)

"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident" sind die Worte des Bundespräsidenten in anderen Zusammenhängen.

Das Zerschlagungsoffer:

"Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).

Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz."

Frank-Walter Steinmeier schweigt, als ob diese Briefe seine Vergangenheit, seine Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nicht betreffen würden.

Wahrheit 05: Das Amt des Bundespräsidenten wird durch den Amtsträger selbst beschädigt, wenn seine Beteiligung an der Mauer des Schweigens weiter besteht. Stellungnahme unverzichtbar.

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund:

Einen Grund, den er hier lieber verschweigen möchte:

Seine Vergangenheit als

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005:

Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit sind überfällig. Nach 2005 wurde Steinmeier Bundesminister im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel, in 2007 zusätzlich Vizekanzler bis 2009. So wurde die Mauer des Schweigens nachhaltig undurchdringbar gemacht, von einer regierenden Generation seit 1998 bis heute. Kein Weiter so!

Wahrheit 06: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, verantwortlich für Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Die Europäischen Congressmessen des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum, Leitveranstaltung der "New Economy" 2000 als Zerschlagungsmasse. Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche ("Autokanzler" Schröder als Macher, VW-Vorstand Hartz als Helfer) nach Einbruch der Digitalbranche mit verheerenden Folgewirkungen für gesamte Wirtschaft und Arbeitsplätze, **in Abstimmung mit den Gewerkschaften** (zu wenige Mitglieder in der IT-Branche), **in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk**, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen)

Wahrheit 07: Heimtückische und nachhaltige Zerschlagung mit einer Mauer des Schweigens, mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft

Nicht nur Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war das Ziel. Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen sollte unterbunden werden. Die Zerschlagung sollte endgültig sein, Rehabilitierung und Schadenersatz sollte unterbunden werden. **Sieh Rehabilitierungsantrag** auf professionellen Wiederaufbau der Congressmessen am Verwaltungsgericht Berlin (Rehabilitierungsantrag ohne jede Chance). Durchsetzung mit einer Mauer des Schweigens über die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis heute, mit einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit sozialer und psychischer Zerschlagung nach Eintritt von politisch erzwungener Altersarmut.

Wahrheit 08: Zerschlagung der Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution **Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind das Lebenswerk des lebenden Zerschlagungsopfers,**

das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:

**Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.
Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den
digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und
Telekommunikation**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von ihm in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:

Die Europäischen Congressmessen sind eine Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa, die das Zerschlagungsoffer in den 1970er Jahren als Unternehmensberater aufgebaut und in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt hat.

Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung

Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod ist Teil der politisch motivierten Sippenzerschlagung, ist Teil der Zerschlagung seiner deutschen Heimat

Das lebende Zerschlagungsoffer ist einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern).

Der Verstorbene war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA), eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

Nach bundesweit "Vogelfrei" zum Abschuss der Sippe durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft seit 1998:

Keine Chance für den Verstorbenen! Bayerische Staatsanwälte haben kriminelle Zerschlagungsarbeit geleistet. Deutsche Staatsanwälte auf der Hetzjagd auf seinen Rechtsnachfolger in NRW haben die Zerschlagung fortgesetzt.

Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich sein Bruder vergeblich gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird:

eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,

mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen,

in 5m-Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,

in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion).

**Wahrheit 10: Horrender Schaden in 2stelliger Millionenhöhe.
Ohne Grundrechte: Verlust eines nahestehenden
Menschenlebens, Missbrauch deutscher Justiz für finale
Zerschlagung, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Rufmord, soziale und psychische Zerschlagung . . .**

Politisch erzwungene Altersarmut hat eine einzige Ursache: Politisch motivierte Sippenzerschlagung.

Politisch motivierte Sippenzerschlagung ist das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften, die nach Bedarf diskriminieren und diffamieren mit Unterstützung durch eine Mauer des Schweigens

Skrupellose Staatsanwälte, verantwortlich für politisch motivierte Sippenzerschlagung, organisieren jetzt Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für Sozialbeiträge, die er ausschließlich wegen politisch erzwungener Altersarmut nicht mehr leisten kann.

Vom Zerschlagungsoffer zum Justizopfer, zum Beispiel
Verwaltungsgericht Düsseldorf:

Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwirkung bei politisch motivierten Zerschlagungen gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird reduziert und umgedeutet auf

Klage wegen Rundfunkgebühren gegen den WDR trotz ständiger Beteuerung des Zerschlagungsoffers, dass er Rundfunkgebühren nicht beklagt.

Vom Zerschlagungsoffer zum Justizopfer, zum Beispiel
Verwaltungsgericht Berlin:

Rehabilitierungsantrag für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit selbst-finanzierten Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution ohne Beantwortung bis heute ohne Bescheidung

Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf 50 Mio € geschätzt. Der beklagte zusätzliche Schaden wird auf 38 Mio € berechnet, Berechnungen mit erdrückender Beweislage den Verwaltungsgerichten längst vorgelegt.

Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gegen eine Mauer des Schweigens.

Kein Weiter so in einem Rechtsstaat, in dem mit Recht abzuschiebende Asylanten Rechtsschutz und Gesundheitsschutz erhalten, besonders wenn im Herkunftsland Verfolgung droht, aber eigene Staatsbürger mit einem herausragenden Lebenswerk politisch motivierte Sippenzerschlagung bis in den Tod hinnehmen müssen und wegen verheerender Folgewirkungen einer pervertierten Umverteilungspolitik von einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter verfolgt werden.

Diese Staatsanwaltschaft hat sich längst selbst disqualifiziert.

Beklagt wird psychische Zerschlagung (wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter) und soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit)
unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft
(Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt)

Erste Freiheitsberaubung im Juni 2014
Strafanzeige und anschließende Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018
trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18)
wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 €
(nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitruup mit
Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>
Scroll down after link (page 29).

Soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit
mit Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018 (1 BvR 1618/18)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Es ist längst an der Zeit, dass die ständige
Verletzung fundamentaler Menschenrechte beendet wird,
mit der auch noch die psychische Zerschlagung des Opfers politisch motivierter
Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu Sippenzerschlagung mit
Verlust eines nahestehenden Menschenlebens vollendet werden soll,
mit der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
gegen einen 77-jährigen Rentner mit einem herausragendem Lebenswerk ein
2.Mal wiederholt wird:
das Verfahren am Landgericht ist ein unerträglicher Verstoß gegen die
Menschenwürde (Art.1 Abs.1 GG), die an Strafgerichten selbst bei der
Verurteilung von Räubern und Mördern zu beachten ist.

Kein Weiter so, daher wiederholter
Antrag auf Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung.

Velbert, 05.Okt. 2018



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband, geplant und ausgeführt haben. Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Laut einer aktuellen McKinsey-Studie ist in Deutschland ein zusätzliches Wachstum durch KI in Höhe von 1,3 Prozentpunkten pro Jahr möglich.

Bis 2030 wird ein globaler Wertschöpfungsbeitrag von 13 Billionen US-Dollar prognostiziert

Anlage VB-25 (hier)

Schriftsatz vom 02.Okt.2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach **zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten** ohne Antwort mit Presseinformation Nr.8

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Anlage VG181002-01

Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von

öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz mit begründetem

Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des

Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach Klage-Erwidern des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Scroll down after link (page 204)

Anlage VG180928

Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018 Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt" an ARD

> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR

> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur

> Chefredaktion ARD-aktuell

> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"

an ZDF

> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF

> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF

> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien

Anlage Presseinformation Nr.8

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 10.Sept. 2018

Anlage VB-24 (hier)

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von

angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und

professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach

zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 66)

Anlagen im Schriftsatz vom 24.Aug. 2018

Anlage VB-23

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von

angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und

professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach

zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 18.Juni 2018

Anlage VB-21

Nachgereichte Bescheidung der Anhörungsrügen vom **26.März 2018 und 27.April 2018** mit Versagung weiterer Rechtsmittel als Steilvorlage für Eskalation von ungeheuerlichen Missbrauch von Staatsgewalt zu den Aktenzeichen
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
mit den Duplex-Beschlüssen vom **06.06.2018**

Anlage VB-22

Schriftsatz vom 17.Juni 2018 an die 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal mit Anfechtung der beiden Beschlüsse der 6.Strafkammer zu o.g. Aktenzeichen vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts mit Anlage 0601-VB, Anlage 0602-BP, Anlage 0603-Haftbefehl 1216/18
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 277)

Anlage 0601-VB

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (Kapitelübersicht mit Link auf Internet-Doku)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Anlage 0602-BP

Schreiben an den Bundespräsidenten vom 10.Juni 2018 in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14), Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18) mit Link auf Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Anlage 0603-Haftbefehl 1216/18

mit Belehrung ohne eine Chance der Kenntnisaufnahme, ausgehändigt nach 3-tägiger Haft in der JVA Wuppertal am Samstag, 16.Juni 2018 trotz unmissverständlicher Forderung nach Einsicht bei Festnahme am 14.Juni 2018 und Entlassungsschein vom 16.06.2018

Anlagen der Verfassungsbeschwerde VB vom 18.Mai 2018

Anlage VB-11

Schriftsatz vom 10.Mai 2018 zwecks Mitteilung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wegen wiederholter Versagung von rechtllichem Gehör in einem **Duplex-Beschwerdeverfahren** und Zurückweisung aller Rechnungen sowie der/die Ladung(en) zur Justizvollzugsanstalt vom 08.05.2018 (eingegangen am 14.05.2018)
aus diesem verfassungswidrigen Verfahren einschließlich der Legende aller schriftlichen Eingaben seit 2011 an das Amtsgericht Mettmann und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren und Zwangsverfahren der Kreisverwaltung
133. Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts Erzwingung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung des Opfers
> 26 Qs 82/18 (923 Js-OWi 283/17) gemäß Kapitel 130 im Schriftsatz vom 27.April 2018 und
> 26 Qs 22/18 (723 Js 331/16) gemäß Kapitel 124 im Schriftsatz vom 26.März 2018 an die 6.Strafkammer mit Versagung von rechtllichem Gehör und Versagung einer Bescheidung von Anhörungsrügen im wiederholten Falle
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 254)

Anlage VB-12

Schriftsatz vom 27.April 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018 (eingegangen am 20.April 2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge
im Verfahren zur sofortigen Beschwerde vom 24.Feb.2018 gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 (eingegangen am 19.Feb.2018) und Zurückweisung aller Kosten in einem verfassungswidrigen Verfahren, das mit einer Verkehrsordnungswidrigkeit oder einer anderen Ordnungswidrigkeit überhaupt nichts zu tun hat.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 220)

Anlage VB-13 (LG)

Beschluss vom 12.04.2018
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

Anlage VB-14

Schriftsatz vom 26.März 2018 an das Landgericht mit Anhörungsrüge
wegen Anhörungrsresistenz zu Argumenten der Sofortigen Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 13.03 2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 178)

Anlage VB-15 (LG)

Beschluss vom 13.03.2018
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Anlage VB-16

Schriftsatz vom 04.März 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und mit Zurückweisung einer rechtswidrigen Bestandskraft nach

sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 150)

Anlage VB-17 (LG)

Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck vom 19.02.2018

Anlage VB-18

Schriftsatz vom 24.Feb.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 in Anlage AGME-06022018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 105)

mit den Anlagen AGME-06022018 bis 12022018

Anlagen dieser Beschwerde

Anlage AGME-06022018

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 09.Feb.2018 mit Zurückweisung des Ablehnungsgesuchs gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-07022018

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 im Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 86)

Anlage AGME-08022018

Formlose Stellungnahme vom 11.01.2018 durch Justizobersekretärin Paul zum Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-09022018

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 mit Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

mit **Anlage 01012018:**

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann vom 21.12.2017 (eingegangen am 23.12.2017) zum Antrag des getäuschten Opfers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach **Antrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal mit Freiheitsberaubung unter dem**

Deckmantel von Erzwingungshaft

Anlage AGME-10022018

Schriftsatz vom 04.Dez.2017 mit Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 sowie mit Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Einspruch gegen jede Kostenberechnung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 187)

mit den Anlagen 170725, 170820, 170823:

Anlage 170725

Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17 nach Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde wegen Verurteilung für Verkehrsordnungswidrigkeit ohne jeden Bezug zur Realität Anspruch auf Staatshaftung für Zerschlagung Nr.5

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 170)

Anlage 170820

Schriftsatz vom 20.Aug.2017 an Kreisverwaltung Mettmann mit Einspruch gegen Anhörung vom 14.08.2017 (eingegangen am 15.08.2017)

Aktenzeichen 32-32 / 991700528/34

Anlage 170823

Einstellungsmittelteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017

Anlage AGME-11022018

Versäumnisurteil 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 wegen staatsanwaltschaftlicher Täuschung des Opfers durch Einstellungsmitteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017 gemäß Anlage 170823

Anlage AGME-12022018

Urteil vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung: Beweis für rechtswidrige Bußgeldverfahren, Beweis für verfassungswidrige Schikaneverfahren zur psychischen Zerschlagung

Anlage VB-19

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 (eingegangen am 19.Jan.2018) im Befangenheitsverfahren gegen Frau Richter in am Amtsgericht Küppers

Anlage zu Anlage VB-19

Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018

Anlage VB-20

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann gemäß Anlage AGME-02012018

zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 55)

mit den Anlagen AGME-02012018 bis 05012018

Anlage AGME-02012018 (Seite 32)

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 über Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

mit Bezug auf Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung und unerträglichen Defiziten zu Lasten des Opfers

Anlage AGME-03012018 (Seite 34)

Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung wegen wahrheitswidriger Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit im Rubrum

Anlage AGME-04012018 (Seite 38)

Schriftsatz vom 01.09.2016 (Kapitel 80-84) mit Einspruch gegen Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtmäßigem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage AGME-05012018 (Seite 43)

Paralleles Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert wegen einem mit strafbarer Rechtsbeugung zustande gekommenen Bußgeld in Höhe von 180 €: Verfassungswidriger Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
Präsident**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 28.Okt. 2018

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 (AR 3662/18) vom 18.Mai 2018
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
(gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)**

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten
Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat,
kapitalen Vermögensschäden und Verstöße gegen fundamentale
Menschenrechte
**trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa. Daher**

**Hier: Antragserweiterung auf Immunitätsaufhebung nach mehrfacher
Antragswiederholung zur bis heute versagten Stellungnahme des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**

zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010
vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
trotz federführender Verantwortung als Kanzleramtschef 1999-2005
(Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten Umverteilungspolitik)

Inzwischen: Nicht nur Versagung von rechtlichem Gehör trotz Instanz
abschließender Anhörungsrügen, sondern zusätzlich Eskalation zu groben
Missbrauch von Staatsgewalt mit **strafbarer** Rechtsbeugung im
Wiederholungsfall in schikanierenden Gerichtsverfahren seit 2011 mit Ziel der
sozialen und psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Bundesrepublik Deutschland, hier vertreten vom Kreis Mettmann
(Verwaltungsbehörde), unterstützt von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Wuppertal (Weisungsgeber: beklagtes Bundeskanzleramt),
Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter
Sippenzerschlagung)

Begründung der Verfassungsbeschwerde

mit Fortsetzung (fortlaufender Nummerierung seit 18.Mai 2018)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 74)

**BVERFG-31. Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde
mit zwischenzeitlicher Eskalation eines absurden "Strafverfahrens"
zur wiederholten Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem
Deckmantel einer Erzwingungshaft für 180€
des überlebenden Opfers einer politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit tödlichem Ausgang für den Bruder des Zerschlagungsopfers
(verstorbenes Zerschlagungsopfer)
mit wiederholtem Antrag auf bis heute versagte Stellungnahme
des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und daraus
resultierender politisch motivierter Sippenzerschlagung,
Verlust eines nahestehenden Menschenlebens und kapitalen
Vermögensschäden
vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
trotz federführender Verantwortung des Bundespräsidenten als
Kanzleramtschef (1999-2005) zu beklagten Vorgängen**

Die gesamte Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 ist zusätzlich nachlesbar
in einer vernetzten Internetdokumentation:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Die Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung umfasst folgende Kapitel:

Kapitel **BVERFG-21**. Angegriffene Hoheitsakte

Gerichtsbeschlüsse schikanierender Gerichtsverfahren

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu den Schriftsätzen des
Beschwerdeführers in zeitlicher Reihenfolge seit 2016,

im Anschluss an die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom
14.Februar 2016 wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von

Erzwingungshaft mit extremistischer Ausuferung zu einer

hasskriminellen "Hexenjagd" durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft am

Amtsgericht Mettmann, am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal, mit

Missbrauch von Sozialversicherungen zur sozialen Zerschlagung und

psychischen Zerschlagung

Kapitel **BVERFG-22**. Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Teil eines

teuflichen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems

und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör
nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
„herrschenden“ Generation**

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,

unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen
Unrechtssystems ist zu schützen

Kapitel **BVERFG-23**. Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach
Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem
seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts**

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

**Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller
Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft**

sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

Kapitel **BVERFG-24**. Gerichtsverfahren

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft
Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

im krassem Widerspruch zu >

> Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

**Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen
Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland,
Europa und weltweit**

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitation
für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des
Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines
Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

Kapitel **BVERFG-25**. Zurückweisung verfassungswidriger Justiz:

26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

die serienweise gegen Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte verstoßen: Rechtsbeugung wie in einer Bananenrepublik

Versuch der Urteilsmanipulation mit nachfolgendem Beschluss

Erklärung der Rechtskraft dieses Urteils nach Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde gegen das Urteil durch das Landgericht

Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes mit parallelen Verfahren am Amtsgericht Mettmann und Velbert zwecks Verdoppelung des Bußgeldes

Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes mit Duplex-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Duplex-Beschwerde-Verfahren am Landgericht Wuppertal

Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft für Bußgelder an

eine skrupellose, diskriminierende, diffamierende Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung verfassungswidrig und wegen unerträglicher,

ständiger Versagung von rechtlichem Gehör nach dem grundrechtsgleichen Anspruch gemäß Art.103 Abs.1 GG zurückzuweisen

Verstoß gegen die Menschenwürde (Art.1 Abs.1 GG)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 18.Juni 2018

Kapitel **BVERFG-26**. Wiederholung des Antrags auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

nach Schreiben an Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland in Kopie an Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und an

Verwaltungsgerichte

mit Verzögerung infolge eskalierenden Missbrauchs von Staatsgewalt gemäß

Anlagen mit schwerem Vorwurf strafbarer Rechtsbeugung und

Versagung von Rechtsmittel zur Auflösung der Rechtsbeugung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 27)

Zugesandt: Schreiben vom 26.Juni 2018 an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

mit Anlage des ersten Schreibens vom 10.Juni 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>:

Zugesandt: Weiteres Schreiben 03.Aug.2018 an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

mit Anlage des zweiten Schreiben vom 25.Juli 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>:

Scroll down after link (page 22)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 24.Aug. 2018

Kapitel **BVERFG-27**. Wiederholter Antrag auf bis heute versagte Stellungnahme des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und daraus

resultierender politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines

nahestehenden Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

trotz persönlicher Beziehung des Bundespräsidenten als
Kanzleramtschef (1999-2005) zu beklagten Vorgängen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>
Scroll down after link (page 41)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 10.Sept. 2018

Kapitel **BVERFG-28**. Fortsetzung des bereits
wiederholten Antrags auf bis heute versagte Stellungnahme
des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und
daraus resultierender politisch motivierter Sippenzerschlagung mit
Verlust eines nahestehenden Menschenlebens und kapitalen
Vermögensschäden
vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
trotz persönlicher Beziehung des Bundespräsidenten als
Kanzleramtschef (1999-2005) zu beklagten Vorgängen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>
Scroll down after link (page 48)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 05.Okt. 2018

Kapitel **BVERFG-29**. Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde
mit zwischenzeitlicher Eskalation eines absurden "Strafverfahrens"
zur wiederholten Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem
Deckmantel einer Erzwingungshaft für 180€
des überlebenden Opfers einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit
tödlichem Ausgang für den Bruder des Zerschlagungsopfers (verstorbenes
Zerschlagungsopfer)
mit wiederholtem Antrag auf bis heute versagte Stellungnahme
des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und daraus
resultierender politisch motivierter Sippenzerschlagung,
Verlust eines nahestehenden Menschenlebens und kapitalen
Vermögensschäden
vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
trotz persönlicher Beziehung des Bundespräsidenten als
Kanzleramtschef (1999-2005) zu beklagten Vorgängen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>
Scroll down after link (page 57)

Kapitel **BVERFG-30**. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
als verantwortlicher Büroleiter von Gerhard Schröder und Leiter der
niedersächsischen Staatskanzlei (1993-1998)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert
Sieh Presseinformation

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!
Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:
Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005

Gegen eine Mauer des Schweigens:

- > *Deutscher Bundespräsident schweigt*
- > *Bundeskanzlerin schweigt*
- > *Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt*
- > *Freistaat Bayern schweigt*

> *Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt*
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine
öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 62)

Frank-Walter Steinmeier kann sich nicht hinter dem zu
respektierenden Bundespräsidenten verstecken, wenn die
Stellungnahme zu seiner Vergangenheit erforderlich ist. **Nur die**
Wahrheit zählt.

Wegen weiterer unerträglicher Wahrheiten:

Mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
gegen eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens
trotz federführender Verantwortung als Kanzleramtschef (1999-2005)

**BVERFG-32. Über 20 bittere Wahrheiten
gegen eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens
Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
wegen ständiger Versagung einer Stellungnahme
zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung als
Resultat einer heimtückischen Umverteilungspolitik und perversen
Zerschlagungspolitik
trotz federführender Verantwortung
als Kanzleramtschef (1999-2005) der Schröder-Regierung
Nur die Wahrheit Zählt: Wahrheit 01 bis Wahrheit 21, Wahrheit 22 und
Wahrheit 23 liegen als Verfassungsbeschwerde vor**

Mit Schriftsatz vom 05.Okt.2018:

Wahrheit 01: Politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung der Zerschlagungsoffer mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa:

Ergebnis einer
**heimtückischen Umverteilungspolitik und perversen
Zerschlagungspolitik unter der Amtszeit von Frank-Walter
Steinmeier als
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)**

Wahrheit 02: Die Durchsetzung der Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik wurde mit einem Monster-Markteingriff der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen.

**Die Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 war total
rechtswidrig**, indem der Innovationsmarkt nachhaltig zerstört wurde,
mit verheerenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt
(Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes durch massive
Verstöße gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG).

**Der zusätzliche Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000
für eine vernichtende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik** ist
ein skandalöser Frontalangriff auf das Grundgesetz. Sieh Kapitel
BVERFG-30 mit Presseinformation Nr.8 Seite 2

Wahrheit 03: Die Eskalation zu einer bundesweiten
Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod ist
das Werk einer

skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hinter einer Mauer des
Schweigens bis heute ständig neue staatliche Übergriffe produziert:

- > **Der Deutsche Bundespräsident schweigt**
- > **Die Bundeskanzlerin schweigt**
- > **Das beklagte Bundeskanzleramt schweigt**
- > **Der beklagte Freistaat Bayern schweigt**
- > **Der beklagte öffentlich-rechtliche Rundfunk schweigt,**

letzterer hat eine langjährige, bis heute wirksame Rundfunk Sperre
festgelegt zu den ungeheuerlichen Vorgängen einer heimtückischen
Umverteilungspolitik, pervertiert zu einer Menschenrechte
verletzenden Zerschlagungspolitik.

Wahrheit 04: Das noch lebende Zerschlagungsopfer hat den heutigen Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, **ohne eine Antwort zu erhalten.**

Erstes Schreiben vom 10. Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Zweites Schreiben vom 25. Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Scroll down after link (page 22)

"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident" sind die Worte des Bundespräsidenten in anderen Zusammenhängen.

Das Zerschlagungsopfer:

"Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).

Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz."

Frank-Walter Steinmeier schweigt, als ob diese Briefe seine Vergangenheit, seine Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nicht betreffen würden.

Wahrheit 05: Das Amt des Bundespräsidenten wird durch den Amtsträger selbst beschädigt, wenn seine Beteiligung an der Mauer des Schweigens weiter besteht. Stellungnahme unverzichtbar.

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund:

Einen Grund, den er hier lieber verschweigen möchte:

Seine Vergangenheit als

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005:

Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit sind überfällig.

Nach 2005 wurde Steinmeier Bundesminister im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel, in 2007 zusätzlich Vizekanzler bis 2009.

So wurde die Mauer des Schweigens nachhaltig undurchdringbar gemacht, von einer regierenden Generation seit 1998 bis heute.

Wahrheit 06: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, verantwortlich für Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Gerhard Schröder.

Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum, Leitveranstaltung der "New Economy" 2000

Zerschlagungsziel: Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche ("Autokanzler" Schröder als Macher, VW-Vorstand Hartz als Helfer) nach Einbruch der Digitalbranche mit verheerenden Folgewirkungen für gesamte Wirtschaft und Arbeitsplätze, in Abstimmung mit den Gewerkschaften (zu wenige Mitglieder in der IT-Branche),

in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit neuem Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen)

Wahrheit 07: Heimtückische und nachhaltige Zerschlagung mit einer Mauer des Schweigens, mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft

Nicht nur Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war das Ziel. Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen sollte unterbunden werden. Die Zerschlagung sollte endgültig sein, Rehabilitation und Schadenersatz sollte unterbunden werden. Sieh Antrag auf professionellen Wiederaufbau der Congressmessen am Verwaltungsgericht Berlin
(Rehabilitierungsantrag ohne jede Chance).

Durchsetzung mit einer Mauer des Schweigens seit 1998 über die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis heute, nachhaltig mit einer politisch motivierten Sippenzerschlagung, mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit sozialer und psychischer Zerschlagung nach Eintritt von politisch erzwungener Altersarmut.

Wahrheit 08: Zerschlagung der Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind das Lebenswerk des lebenden Zerschlagungsopfers,

das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und

das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von ihm in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:

Die Europäischen Congressmessen sind eine Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa, die das Zerschlagungsopfer in den 1970er Jahren als Unternehmensberater aufgebaut und

in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt hat.

Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Zerschlagung seiner deutschen Heimat

Das lebende Zerschlagungsopfer ist einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz/Bayern).

Das verstorbene Zerschlagungsopfer war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA), Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

Nach bundesweit "Vogelfrei" zum Abschuss der Sippe durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft seit 1998:

Keine Chance für den Verstorbenen! Bayerische Staatsanwälte mit Wissen der Bayerischen Landesregierung haben kooperiert mit krimineller Zerschlagungsarbeit . Deutsche Staatsanwälte auf der Hetzjagd auf seinen Rechtsnachfolger in NRW haben die Zerschlagung fortgesetzt.

Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich sein Bruder vergeblich gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) ein Wahlkampfprojekt umgesetzt wurde:

eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb, mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen (offensichtlich eingeplant), in 5m-Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb, in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion).

Wahrheit 10: Horrender Schaden in 2stelliger Millionenhöhe.

Ohne Grundrechte: Verlust eines nahe stehenden

Menschenlebens, Missbrauch deutscher Justiz für finale

Zerschlagung, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,

Rufmord, soziale und psychische Zerschlagung . . . Politisch

erzwungene Altersarmut hat eine einzige Ursache: Politisch motivierte Sippenzerschlagung.

Politisch motivierte Sippenzerschlagung.ist das Werk bundesweit tätiger, skrupelloser Staatsanwaltschaften, die nach Bedarf diskriminieren und diffamieren mit Unterstützung durch eine Mauer des Schweigens

Hasskriminelle Eskalation: Staatsanwälte, verantwortlich für politisch motivierte Sippenzerschlagung, organisieren jetzt Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

> Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel Verwaltungsgericht Düsseldorf: **Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwirkung bei politisch motivierten Zerschlagungen gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird reduziert und umgedeutet auf Klage wegen Rundfunkgebühren gegen den WDR trotz ständiger Beteuerung des Zerschlagungsopfers, dass er Rundfunkgebühren nicht beklagt.**

> Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel Verwaltungsgericht Berlin: **Rehabilitierungsantrag für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit selbst-finanzierten Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution ohne Beantwortung bis heute**

Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf 50 Mio € geschätzt. Der beklagte zusätzliche Schaden wird auf 38 Mio € berechnet, Berechnungen mit erdrückender Beweislage den Verwaltungsgerichten längst vorgelegt.

Der Verlust eines Menschenlebens ist nicht zu ersetzen. Selbst mehrfache Anträge auf schnelle Härteleistungen werden von einem Bundesamt für Justiz zurückgewiesen, weil es lieber Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör vollstrecken möchte.

Mit **Anlage VG181023** nachgereicht:

Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antragerweiterung auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 181)

Sieh Anlage VB-26 Seite 10:

Wahrheit 11: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, war verantwortlich für die Durchsetzung einer gigantischen, mit Auto-Gewerkschaften heimlich abgestimmten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (Wahrheit 06/Kapitel 124).

Er hat die Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE unter Missbrauch staatlicher Hoheitsakte heimtückisch, ohne Wissen des Zerschlagungsopfers, geplant und die verheerenden Folgewirkungen eines Monster-Markteingriffes infolge rechtswidriger Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 missbräuchlich genutzt, um die vernichtende Zerschlagung der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (weltweit herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers) rücksichtslos durchzusetzen.

Die Europäischen Congressmessen des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum, mit Digital-Gipfel-Programm in Deutschland und Europa, sie waren als Leitveranstaltung der "New Economy" 2000 eine attraktive Zerschlagungsmasse, ihre Zerschlagung war der Schlüssel zur Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche ("**Autokanzler**" **Gerhard Schröder als Macher, VW-Vorstand und IG Metall Gewerkschaftsmitglied Peter Hartz als Helfer**).

Nach katastrophalen Einbruch im Innovationsbereich, nach Zerstörung des Innovationsmarktes der Digitalbranche unter den verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, desaströs für die Digitalbranche, weil Monster-Markteingriff mit ruinösen Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft und für ihre Arbeitsplätze,

wurde die Umverteilung und Zerschlagung rücksichtslos erzwungen, **in Abstimmung mit den Gewerkschaften** (IG Metall, Ver.di / Deutsche Postgewerkschaft, zu wenige Gewerkschaftsmitglieder in der ITK-Branche), **in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk**, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit neuem Sendekanal Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen). Sieh neue Klage 27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit Mai 2018:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Wahrheit 12: Gewerkschaften mehrfach in den VIP-Referaten der Europäischen Congressmessen ONLINE vertreten, u.a. mit Kurt van Haaren, dem Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft (DPG, seit 2001 Ver.di):
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Kurt van Haaren, Vorsitzender des Hauptvorstandes 1982-2001, DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT (DPG), Frankfurt/Main, auf der ONLINE'93: **"Zukunft statt Ausverkauf! – Das Konzept der Deutschen Postgewerkschaft für die Reform der Deutschen Bundespost"**

Das Zerschlagungsoffer hatte ein gutes Verhältnis zu dem Vorsitzenden des Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), sodass dieser sogar ein zweites Mal referierte auf der ONLINE'98: **"Der liberalisierte Telekommunikationsmarkt auf dem Prüfstand: Der Markt allein wird es nicht richten"**.

Das Zerschlagungsoffer hat bewusst kritische Gewerkschaftsreferate in das Programm genommen, um eine qualifizierte Problemdiskussion zu unterstützen.

Kurt van Haaren hat aber die Umverteilung und Zerschlagung nicht mitgetragen, er hat sich daher in 2001 aus den Gewerkschaften zurückgezogen.

Peter Hartz, Mitglied der SPD und der IG Metall, war nicht nur Namensgeber für die Arbeitsmarkt-Reform nach 2001 v.a. zugunsten der Automobilbranche (HARTZ-Konzept der Agenda 2010), sondern auch als VW-Personalvorstand bis Juli 2005 ein skrupelloser Ideen-Geber für den Autokanzler. Im November 2006 wurde von der Staatsanwaltschaft Braunschweig gegen ihn ein **Strafverfahren wegen Untreue als VW-Vorstand eröffnet** und im Januar 2007 erfolgte seine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren auf Bewährung und einer Geldstrafe 576.000 € wegen Veruntreuung von Firmengeldern in 44 Fällen u.a. zu Spesenmissbrauch, Prostitution, Lustreisen sowie Begünstigung/Schmiergeld-Zahlungen in Mio-Beträgen an den VW-Betriebsratsvorsitzenden.

Ver.di (zweitgrößte Gewerkschaft) entstand im März 2001 durch Zusammenschluss von 5 Einzelgewerkschaften (DAG, DPG, HBV, IG Medien, ÖTV). Verdi vertritt auch den Dienstleistungsbereich **Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung**. **IG Metall (größte Gewerkschaft)** vertritt neben der Automobilbranche auch die **Informations- und Kommunikationstechnologiebranche**. Die größte Verwaltungsstelle der IG Metall ist Wolfsburg mit dem VW-Konzernsitz und mit ständig steigenden Mitgliederzahlen.

Die Digitalbranche wurde auf beide Gewerkschaften aufgeteilt. Das bedeutet eine gewerkschaftliche Schwächung der Digitalbranche insbesondere gegenüber der Autobranche bei IG Metall, die sich unter der Schröder-Regierung 1998-2005 mit "**Autokanzler**" **Gerhard Schröder** in vollem Umfang durchgesetzt hat. Die Schwächung der Digitalbranche zugunsten der Autobranche war eine geheime **Vereinbarung der Gewerkschaften mit Autokanzler Gerhard Schröder**, die von der nachfolgenden **Bundeskanzlerin Angela Merkel** übernommen wurde.

Wahrheit 13: Europäische Congressmessen ONLINE sind die Zerschlagungsmasse einer geheimen Vereinbarung von Bundeskanzler(in) und Autogewerkschaften

Die Europäischen Congressmessen ONLINE des Zerschlagungsopfers waren ein Dorn im Auge der IG Metall, weil mit ihnen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digital-Branche professionalisiert wurden und dadurch eine Vielzahl moderner Arbeitsplätze geschaffen wurden, zu denen Gewerkschaften eher ein gestörtes Verhältnis hatten, weil auszurechnen war, dass die (Gewerkschafts-)Mitglieder-schwache Digitalbranche die Mitglieder-starke Autobranche überholen würde. Ehemals: **Computer als "Job-Killer"** verteufelt oder linker Protest mit Unterbrechung im Plenum der ONLINE'84 in Berlin mit Trillerpfeifen, Betttuch-Schmiertexte und Sprech-Chören: **"Wir lassen uns nicht verarschen von Computer und Patriarschen"**

während der Rede von

Dr.-Ing. Roland Mecklinger, Mitglied des Vorstandes, STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG, Stuttgart, auf der ONLINE '84 in Berlin: Glasfaser - das Übertragungsmedium der Zukunft
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

Sieh durchschnittliches ITK-Branchenwachstum 1999: 12,2%, der Innovationsbereich hatte ein Wachstum von über 40%:

Der Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine gesetzeswidrige Umverteilung hatte ein Ziel: Wachstum der Digitalbranche auf Kosten der Automobilbranche zu verhindern entgegen den Regulierungszielen im Telekommunikationsgesetz Dies wurde durch verheerende Folgewirkungen aus einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erreicht, mit dem **das TKG (Telekommunikationsgesetz) ausgehebelt wurde.**

Sieh Wachstum und Beschäftigte der ITK-Branche: > > >

> > > <http://www.euro-online.de>

(Scroll down after link). In der Telekommunikation war die Zahl der Beschäftigten seit 2001 (nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000) viele Jahre rückläufig.

In der deutschen Telekommunikationsbranche wurden jährlich seit 2001 bis heute Tausende von hochwertigen Arbeitsplätzen vernichtet. Das entsprechende Innovationswachstum ist nach Fernost und USA (Apple, Amazon, Google, Facebook & Co.) abgewandert.

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution waren die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), in- und ausländische Kapitalgeber waren sogar Referenten und Aussteller auf der ONLINE, um einen möglichst schnellen Kontakt zu den Startups zu bekommen.

Einer heimtückischen, perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier

ist es gelungen, durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 die Kapitalgeber der "New Economy" in die Flucht zu schlagen und unter dieser deutschen Innovationselite, dem Haupt-Kundenstamm der Europäischen Congressmessen, einen **Unternehmens-Genozid** zu veranstalten und nach 26 Jahren mit herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution das Ende der Congressmessen zu erzwingen.

Wahrheit 14: Dem Einfluss der Automobilbranche kann sich offensichtlich keine Bundesregierung entziehen: Globaler Abgas-Skandal in Verkaufsstrategie umgewandelt..

Nicht der deutsche Rechtsstaat, der US-amerikanische Rechtsstaat hat es geschafft, den globalen Abgas-Skandal deutscher Autobauer aufzudecken. US-amerikanische Digital-Unternehmen beherrschen den weltweiten Digitalmarkt und noch mehr, nicht weil sie so gut sind, sondern

weil deutsche Autobauer mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und der deutschen Bundesregierung das Innovationswachstum der deutschen Digital-Branche zerlegt und zertrümmert haben.

Mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde sogar das Telekommunikationsgesetz ausgehebelt (Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz, gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG, siehe Wahrheit 02).

Mit dem Monstermarkt-Eingriff wurde ein Unternehmens-Genozid im Innovationsmarkt mit der New Economy 2000 ausgelöst, Kapitalgeber wurden in die Flucht geschlagen, Apple, Amazon, Google, Facebook & Co. hatten keine deutsche Konkurrenten mehr.

Deutschland 2000: Digitale Spitzenstellung im globalen Vergleich.
Deutschland heute: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum über mehr als 25 Jahre (Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, als profitable Zerschlagungsmasse diskriminiert)

mußten wegen Vernichtung ihres Hauptkundenstamms eingestellt werden. Das war Plan des Zerschlagungskonzeptes der Bundesregierung zur Schwächung der Digitalbranche gegenüber der Automobilbranche. Ohne jede Entschädigung, ohne jede Hilfe, statt dessen politisch motivierte **Sippenzerschlagung** in Fortsetzung seit dem 2. Weltkrieg, heimtückisch von skrupelloser Staatsanwaltschaft recherchiert und umgesetzt.

Diskriminierung des Zerschlagungsopfers, weil alle von dem Markteingriff beschädigten Personen und Institutionen staatliche Unterstützung erhalten haben: z.B. Verlustausgleich von 250 Mio EUR an CEBIT/Deutsche Messe AG Hannover durch staatliche Anteilseigner im Jahr 2009. Das Zerschlagungsopfer musste in 2007 mit Hilfe eines Rechtsanwalts auch noch staatsanwaltschaftliche Übergriffe wegen angeblicher Insolvenzverschleppung abwehren.

Wahrheit 15: Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war heimtückisch, sollte nachhaltig und endgültig sein. Daher: Aktive Mauer des Schweigens zur heimtückischen Ausführung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998.

Rundfunksperre des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu den "unterirdischen" Vorgängen bei der Durchsetzung der heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch, Rufmord, psychischer Folter als Leistungsnachweis einer bundesweit tätigen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, **Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod** (Todesopfer), kapitale Vermögensschäden. **Aufgrund der heimtückischen Zerschlagung** war das lebende Zerschlagungsopfer der irrtümlichen Überzeugung, dass selbst nach kostenbedingter Einstellung der Congressmessen in 2003 mit Unterstützung der Bundesregierung eine schneller Neustart im Messemarkt mit Sicherheit erwünscht war, um in Deutschland wieder den Anschluss an internationale Entwicklungen der digitalen Evolution zu schaffen.

Nachhaltige und endgültige Zerschlagung war jedoch heimtückische, eine für das Zerschlagungsopfer nicht vorstellbare Zielsetzung,

die mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung umgesetzt wurde. Skrupellose Staatsanwälte haben ganze Arbeit bundesweit geleistet. Sieh Wahrheit 09 oben:

Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, totale Zerschlagung seiner deutschen Heimat, zweimal mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort.

Wahrheit 16: Heimtückische Zerschlagung

Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance, nach Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes ohne jede Perspektive:

Zerschlagungsopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, ausgetrickst mit Geheimabkommen von Autokanzler, Autovorstand und Autogewerkschaft.

Zweimal Rufmord mit einer Mauer des Schweigens, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung des Unrechts zur Herrschaft des Unrechts

Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmesse für digitale Evolution mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digitalbranche ist am Verwaltungsgericht Berlin längst und immer wieder beantragt, Rehabilitierungsantrag bis heute aber ohne Bescheidung.

Seit 2005: Eine Vielzahl qualifizierter Schriftsätze mit konkreten Projektvorschlägen an die Bundeskanzlerin, im Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre: Ohne Beantwortung.

Diskriminierung qualifizierter Ausarbeitung der Projektvorschläge gegen eine Mauer des Schweigens, gegen geheime Abmachungen mit den Gewerkschaften, die nach Abwahl der Schröder-Regierung von der Bundeskanzlerin Merkel bestätigt und übernommen wurden.

Im Jahr 2010 und seit 2010: Ansehnliche Altersrücklagen des Zerschlagungsopfers nach kapitalen Vermögensschäden aufgebraucht, seitdem wegen staatlich erzwungener Altersarmut: ohne jede Versicherungsleistung einer Krankenkasse, seitdem ohne Rundfunkgebühren an einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der bis heute mit Rundfunk Sperre zu den beschriebenen Vorgängen und an diesen Vorgängen direkt nachweislich beteiligt ist.

Wahrheit 17: Maßlose Pervertierung

Zerschlagungsopfer wird von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht

mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, ohne und mit Haftbefehl, unter dem diskriminierenden Deckmantel von Erziehungshaft, mit perversem Missbrauch von Staatsgewalt durch Einsatz von Grundrechte verhöhrenden Polizisten, mit psychischer Folter, mit dem Ziel der psychischen und sozialen Zerschlagung trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution ohne jegliche Subvention in Deutschland und Europa

> Pervers: Das Zerschlagungsopfer wird für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht, indem er seit 2010 **soziale Pflichtbeiträge nicht mehr bezahlen kann, geschweige denn rechtsanwaltliche Unterstützung** in den Verwaltungsgerichten und Zivilgerichten und Strafgerichten durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht in Anspruch nehmen kann.

> Pervers: Das Zerschlagungsopfer muss Pfändungsschutz-Konten benutzen, um die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe überleben zu können

> Pervers: Der Antrag auf sofortige Härteleistungen wegen extremistischer Eskalation staatlicher Übergriffe (wie bei Asylanten) wurde vom Bundesamt für Justiz abgelehnt und statt dessen mit Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung von Gerichtskosten in Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Versagen / Vortäuschen von rechtlichem Gehör gekontert.

Qualifizierte Rechtsanwälte lehnen heute eine Unterstützung ab, weil sie für den Fortgang der Zerschlagung jede Verantwortung ablehnen. Nicht nur das magere Honorar aus Prozesskostenhilfe ist abschreckend, sondern vielmehr auch die Verwicklung in Verfahren gegen die Spitze des deutschen Staates mit Bundespräsident und Bundesregierung unter dem Druck von Gewerkschaften.

Das Zerschlagungsopfer muss wiederholte Freiheitsberaubung

ohne und mit Haftbefehl, mit psychischer Folter, mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung, in Kauf nehmen, wird mit Isolationshaft in einer JVA bestraft, weil er sich angeblich nicht bis nackt auf die Haut ausziehen möchte, muss intensiven Urin-Gestank ertragen, kann über das Benutzungsverbot von ordentlichen Toiletten nur unglaublich staunen,

alles unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € Buße, die bis heute mit einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit durch die 1. Instanz begründet wurde..

Polizisten verhöhn Grundrechte bei Gefangennahme unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft und erklären Art.1 Abs.1 GG als Grundrecht auf Gefangennahme.

(Gegenstand dieser Verfassungsbeschwerde).

Der Verfolgungswahnsinn einer skrupellosen Staatsanwaltschaft nach wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter hat kein Ende, weil sie nicht begreifen und nicht akzeptieren will, dass staatlich erzwungene Altersarmut als Folge politisch motivierter Sippenzerschlagung unter ihrer Verantwortung nicht abgewehrt werden konnte.

Warum müssen die bisherigen Rechtsanwälte einer Krankenversicherung, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, ausgewechselt werden, um neue Zwangsverfahren in Gang zu setzen? Sind die bisherigen Rechtsanwälte nach ausführlicher Informationen nicht mehr bereit, auch für soziale Zerschlagung mitverantwortlich zu sein?

Weisungsgeber der Staatsanwaltschaft ist das Bundeskanzleramt, dessen Chef in 2000, **Frank-Walter Steinmeier**, die Umsetzung der beschriebenen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik organisiert hat und für diesen Verfolgungswahnsinn verantwortlich ist.

Wahrheit 18: Längst nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes: Aktive Mauer des Schweigens zu politisch motivierter Kumpanei zwischen heutigen Bundespräsident, Bundeskanzlerin, Gewerkschaftsspitzen und kriminellen Vorständen von Automobil-Branchenführern
Mauer des Schweigens zu Exzessen einer kaum noch vorstellbaren Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierter Sippenzerschlagung
Mauer des Schweigens verstößt gegen Art.1 Abs.1 des Grundgesetzes, indem das Opfer auch noch lebenslang Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa erbracht hat:
"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" gilt für alle deutschen Bürger, nicht nur bei Weltklasse-Höchstleistungen, und ist kein Grundrecht auf Gefangennahme (Polizist anlässlich einer Zwangsmaßnahme mit Freiheitsberaubung)

Politisch motivierte Kumpanei, verdeckte Zusammenarbeit unter Verletzung von anerkannten Regeln oder Gesetzen, geheime Vereinbarungen zwischen Bundeskanzler(in) und Auto-Gewerkschaften,
hier eine Menschenrechte verletzende Politik gigantischer Umverteilung und Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer, mit dem noch lebenden Zerschlagungsopfer,
mit Zerschlagung der deutschen Heimat eines alteingesessenen Müllergeschlechts, dessen Generationen bis zum Westfälischen Frieden nach dem 30-jährigen Krieg in der nördlichen Oberpfalz (Landkreis Tirschenreuth) dokumentiert sind.

Der heutige Bundespräsident, der als Kanzleramtschef unter der Schröder-Regierung mit der Umsetzung einer miserablen Umverteilungspolitik für diesen Abgrund verantwortlich ist und auch keine Brücke bauen will, ist mit Recht zu einer öffentlichen Stellungnahme zu belangen, damit endlich Transparenz hergestellt wird.

Öffentliche Rehabilitierung mit Aufhebung der Rundfunkperre und Herstellung einer angemessenen Transparenz ist unverzichtbar. Diese Mauer des Schweigens zu öffnen und ihre Handlanger zur Verantwortung zu ziehen, ist eine Aufgabe der deutschen Justiz, um jahrelange Unterdrückung der Gerechtigkeit zu beseitigen.

Wahrheit 19: Herrschaft des Unrechts mit langjährigem Missbrauch des Rechtsstaates zur Durchsetzung des Unrechts anstatt grundgesetzlich möglicher Enteignungsverfahren
Erdrückende Beweislage mit zusätzlicher Internet-Dokumentation
Verfassungswidrig: Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör mit anschließenden Zwangsmassnahmen zur Vollstreckung von Gerichtskosten für verfassungswidrige Gerichtsverfahren am Bundesverwaltungsgericht trotz Verfassungsbeschwerde (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung) mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz
Zeitgleiche Anhörungsrüge an das Amtsgericht Velbert und parallele Zwangsmaßnahme ohne Bescheidung der Anhörungsrüge im laufenden Beschwerdeverfahren gegen den Pfändungsbeschluss des Amtsgerichts

Tatsache und Rechtslage: Das Grundgesetz ermöglicht begründete Enteignungsverfahren, ohne Todesopfer und ohne Zerschlagungsoffer auch noch zum Justizopfer machen zu müssen. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und Zerschlagungsoffer wäre gar nicht nötig gewesen bei Anwendung rechtsstaatlicher Enteignungsverfahren.

Erdrückende Beweislage mit vernetzter Internet-Dokumentation zu:
Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer, bundesweiter Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Todesopfer, mit Zerschlagung der Heimat und mit kapitalen Vermögensschäden

sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010:

- > **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>
- > **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>
- > **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunkperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1) mit neuer Klage in 2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Einfach nur verfassungswidrig: Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör mit anschließenden Zwangsmassnahmen zur Vollstreckung von Gerichtskosten für verfassungswidrige Gerichtsverfahren ohne vorgeschriebenen Rechtsanwalt am **Bundesverwaltungsgericht** trotz Verfassungsbeschwerde (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung), mit Übernahme der Zwangsmaßnahme anstatt beantragter Härteleistung durch das Bundesamt für Justiz
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 18.Aug.2016 und 15.Jan.2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>
Scroll down after link (page 84)

Wahrheit 20: Kein Weiter so!

Wiederholte Anträge

auf sofortige Härteleistungen für Beiträge zu sozialen

Pflichtversicherungen,

auf angemessenen Schadenersatz und öffentliche

Rehabilitierung,

auf Rehabilitierung mit professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,

Antragserweiterung auf Immunitätsaufhebung des

Bundespräsidenten wegen des Verdachts der politisch

motivierten Kumpanei mit Auto-Gewerkschaften unter

Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes

Sofortige Härteleistungen für Beiträge zu sozialen

Pflichtversicherungen, die wegen staatlich erzwungener Altersarmut

nicht mehr bedient werden können, sind ohne weiteres finanzierbar, beispielsweise aus den

milliardenschweren Strafen gegen Automobilunternehmen im Zuge des globalen Autoabgas-Skandals. Automobil-Unternehmen haben aus der gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 große Vorteile gezogen.

Es ist ein verfassungswidriger, perverser Missbrauch deutscher

Justiz, wenn die Opfer für verheerende Folgewirkungen einer

gigantischen, heimtückischen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik verantwortlich gemacht werden und für Klagen

auf Rehabilitierung und Schadenersatz rechtliches Gehör

vorgetäuscht und versagt wird und die Zerschlagungsoffer zusätzlich

einer sozialen und psychischen Zerschlagung unterzogen werden.

Ein Rechtsstaat muss nach 20 Jahren Unrecht endlich in der Lage

sein, politisch motivierte Kumpanei mit Auto-Unternehmen und Auto-

Gewerkschaften unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes

juristisch aufzuarbeiten. Dies umso mehr, indem deutsche Auto-

Unternehmen einen globalen Abgas-Skandal inszeniert haben und

Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht

haben.

Der Antrag auf Immunitätsaufhebung gegen den heutigen

Bundespräsidenten ist unumgänglich,

weil er **Teil der Mauer des Schweigens** über eine gigantische

Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik geworden ist, die endlich

eingerrissen werden muss,

weil der Verdacht der politisch motivierten Kumpanei mit Auto-Gewerkschaften und Auto-Unternehmen u.a. unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes und einer daraus resultierenden politisch motivierten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd unschuldiger Opfer bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nicht mehr zurückgewiesen kann.

Wer verantwortlich ist für eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen inklusive HARTZ IV und Agenda 2010, sollte sich einer Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten nicht versagen.

Wahrheit 21: Kein Weiter so!

Zwei politisch motivierte Todesopfer in

2 Generationen politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden, 2 Tote zu viel:

Keine Schicksalsschläge, sondern grober Missbrauch deutscher Justiz für Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten.

Schadenersatz ohne Ausrede und öffentliche Rehabilitierung

Das NSDAP-Netzwerk wurde nach Kriegsende 1945 nicht aufgelöst, sondern durch flüchtige NSDAP-Mitglieder aus dem angrenzenden Sudetenland am Geburtsort der Zerschlagungsopfer eher verstärkt. Alte Feindschaften zwischen NSDAP-Mitglieder, die in Verwaltungsmanagement und Verwaltungsjustiz tätig wurden, und NSDAP-Nicht-Mitgliedern wurden so zum Nachteil der Nicht-Mitglieder sogar verstärkt.

Der Vater der Zerschlagungsopfer war als Inhaber und Betreiber eines lebenswichtigen, voll automatisierten Mühlenbetriebs einer sog. Kunstmühle mit Turbinen-Antrieb, der Themenreuther Mühle, ebenfalls vom Wehrdienst freigestellt, obwohl er **kein** NSDAP-Mitglied war. Er wurde jedoch vom Vater und Großvater des Nachbarn des verstorbenen Zerschlagungsopfers beim NSDAP-Ortsbauernführer denunziert, weil er immer wieder an notleidende Bittsteller Mehl abgegeben hat. Bei Kriegsausbruch wurde Brot rationiert, wobei die Rationen während des Kriegs nach und nach abgesenkt wurden. Nach Denunzierung durch seinen Nachbarn in 1942 wurde die Wehrdienst-Befreiung in 1943 aufgehoben, er wurde eingezogen und ist 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft in der Ukraine verstorben (1. Todesopfer). Er hinterließ die eingeherratete, junge Mutter der Zerschlagungsopfer, mit einer Landwirtschaft und einem modernen Mühlenbetrieb.

Das lebende Zerschlagungsopfer heute ist zudem einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit **1998 (!)** bis in den Tod (Juli 2012, 2. Todesopfer), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern).

Der Verstorbene war als Anerbe eines alteingesessenen Müllergeschlechts Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA u.a.), und Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

> Sieh Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung. **Hier werden Menschenrechte eingefordert.** Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, zweimal Zerschlagung seiner deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort.

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Kein Weiter so!

Die vorgetragenen Wahrheiten sind längst bewiesen und belegt. Eine Unzahl von Gerichtsverfahren mit über 25 Verfassungsbeschwerden, abgespeichert in einer vernetzten Internet-Doku, sind nachlesbar.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk stellt sich selbst in Frage, wenn er sich an der Mauer des Schweigens weiter beteiligt. Ohne Gerichtsverfahren müsste es längst möglich sein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk endlich die Wahrheit über die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit ihren Verwerfungen seit 1998 berichtet.

Vergangenheitsbewältigung: nur die Wahrheit zählt!

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden ist das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften, ohne Skrupel, Menschenrechte zu verletzen.

Beklagt wird psychische Zerschlagung (Wahrheit 22, wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter) und soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit, Wahrheit 23)

unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft (Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt)

Erste Freiheitsberaubung im Juni 2014

Strafanzeige und anschließende Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018

trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18)

wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € (nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitruup mit Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 29).

Soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit (Wahrheit 23) mit Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018 (1 BvR 1618/18)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Es ist längst an der Zeit, dass die ständige Verletzung fundamentaler Menschenrechte beendet wird, mit der auch noch die psychische Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens vollendet werden soll, mit der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft gegen einen 77-jährigen Rentner mit einem herausragendem Lebenswerk ein 2.Mal wiederholt wird:
das Verfahren am Landgericht ist ein unerträglicher Verstoß gegen die Menschenwürde (Art.1 Abs.1 GG), die an Strafgerichten selbst bei der Verurteilung von Räubern und Mördern zu beachten ist.

Kein Weiter so, daher wiederholter
Antrag auf Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung.

Velbert, 28.Okt. 2018



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband, geplant und ausgeführt haben. Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Laut einer aktuellen McKinsey-Studie ist in Deutschland ein zusätzliches Wachstum durch KI in Höhe von 1,3 Prozentpunkten pro Jahr möglich.
Bis 2030 wird ein globaler Wertschöpfungsbeitrag von 13 Billionen US-Dollar prognostiziert

Anlage VB-26 (hier)

Schriftsatz vom 23.Okt.2018 an Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten und mit begründeter Antragerweiterung auf seine Immunitätsaufhebung bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin trotz federführender Verantwortung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Scroll down after link (page 237)

mit **Anlage VG181023**

Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Antragerweiterung auf Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 181)

Anlagen im Schriftsatz vom 05.Okt.2018

Anlage VB-25

Schriftsatz vom 02.Okt.2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach **zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten** ohne Antwort mit Presseinformation Nr.8

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Anlage VG181002-01

Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz mit begründetem **Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten** bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach Klage-Erwidern des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Scroll down after link (page 204)

Anlage VG180928

Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018 Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt" an ARD

> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR

> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur

> Chefredaktion ARD-aktuell

> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"

an ZDF

> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF

> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF

> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien

Anlage Presseinformation Nr.8

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 10.Sept. 2018

Anlage VB-24

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach **zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten** ohne Antwort

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 66)

Anlagen im Schriftsatz vom 24.Aug. 2018

Anlage VB-23

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach **zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten** ohne Antwort

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 18.Juni 2018

Anlage VB-21

Nachgereichte Bescheidung der Anhörungsrügen vom **26.März 2018 und 27.April 2018** mit Versagung weiterer Rechtsmittel als Steilvorlage für Eskalation von ungeheuerlichen Missbrauch von Staatsgewalt zu den Aktenzeichen
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17
mit den Duplex-Beschlüssen vom **06.06.2018**

Anlage VB-22

Schriftsatz vom 17.Juni 2018 an die 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal mit Anfechtung der beiden Beschlüsse der 6.Strafkammer zu o.g. Aktenzeichen vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts mit Anlage 0601-VB, Anlage 0602-BP, Anlage 0603-Haftbefehl 1216/18
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 277)

Anlage 0601-VB

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (Kapitelübersicht mit Link auf Internet-Doku)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Anlage 0602-BP

Schreiben an den Bundespräsidenten vom 10.Juni 2018 in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14), Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18) mit Link auf Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Anlage 0603-Haftbefehl 1216/18

mit Belehrung ohne eine Chance der Kenntnisaufnahme, ausgehändigt nach 3-tägiger Haft in der JVA Wuppertal am Samstag, 16.Juni 2018 trotz unmissverständlicher Forderung nach Einsicht bei Festnahme am 14.Juni 2018 und Entlassungsschein vom 16.06.2018

Anlagen der Verfassungsbeschwerde VB vom 18.Mai 2018

Anlage VB-11

Schriftsatz vom 10.Mai 2018 zwecks Mitteilung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wegen wiederholter Versagung von rechtllichem Gehör in einem **Duplex-Beschwerdeverfahren** und Zurückweisung aller Rechnungen sowie der/die Ladung(en) zur Justizvollzugsanstalt vom 08.05.2018 (eingegangen am 14.05.2018)
aus diesem verfassungswidrigen Verfahren einschließlich der Legende aller schriftlichen Eingaben seit 2011 an das Amtsgericht Mettmann und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren und Zwangsverfahren der Kreisverwaltung
133. Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts Erzwingung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung des Opfers
> 26 Qs 82/18 (923 Js-OWi 283/17) gemäß Kapitel 130 im Schriftsatz vom 27.April 2018 und
> 26 Qs 22/18 (723 Js 331/16) gemäß Kapitel 124 im Schriftsatz vom 26.März 2018 an die 6.Strafkammer mit Versagung von rechtllichem Gehör und Versagung einer Bescheidung von Anhörungsrügen im wiederholten Falle
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 254)

Anlage VB-12

Schriftsatz vom 27.April 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018 (eingegangen am 20.April 2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge
im Verfahren zur sofortigen Beschwerde vom 24.Feb.2018 gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 (eingegangen am 19.Feb.2018) und Zurückweisung aller Kosten in einem verfassungswidrigen Verfahren, das mit einer Verkehrsordnungswidrigkeit oder einer anderen Ordnungswidrigkeit überhaupt nichts zu tun hat.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 220)

Anlage VB-13 (LG)

Beschluss vom 12.04.2018
26 Qs 82/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 923 Js-OWi 283/17, 32 OWi 360/17

Anlage VB-14

Schriftsatz vom 26.März 2018 an das Landgericht mit Anhörungsrüge
wegen Anhörungrsresistenz zu Argumenten der Sofortigen Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 13.03 2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 178)

Anlage VB-15 (LG)

Beschluss vom 13.03.2018
26 Qs 22/18 Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann / Staatsanwaltschaft Wuppertal 723 Js-OWi 331/16, 33 OWi 39/16

Anlage VB-16

Schriftsatz vom 04.März 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und mit Zurückweisung einer rechtswidrigen Bestandskraft nach

sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 150)

Anlage VB-17 (LG)

Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck vom 19.02.2018

Anlage VB-18

Schriftsatz vom 24.Feb.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhexus vom 09.Feb.2018 in Anlage AGME-06022018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 105)

mit den Anlagen AGME-06022018 bis 12022018

Anlagen dieser Beschwerde

Anlage AGME-06022018

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 09.Feb.2018 mit Zurückweisung des Ablehnungsgesuchs gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-07022018

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 im Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 86)

Anlage AGME-08022018

Formlose Stellungnahme vom 11.01.2018 durch Justizobersekretärin Paul zum Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

Anlage AGME-09022018

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 mit Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

mit **Anlage 01012018**:

Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann vom 21.12.2017 (eingegangen am 23.12.2017) zum Antrag des getäuschten Opfers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach **Antrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal mit Freiheitsberaubung unter dem**

Deckmantel von Erzwingungshaft

Anlage AGME-10022018

Schriftsatz vom 04.Dez.2017 mit Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 sowie mit Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Einspruch gegen jede Kostenberechnung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 187)

mit den Anlagen 170725, 170820, 170823:

Anlage 170725

Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17 nach Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde wegen Verurteilung für Verkehrsordnungswidrigkeit ohne jeden Bezug zur Realität Anspruch auf Staatshaftung für Zerschlagung Nr.5

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 170)

Anlage 170820

Schriftsatz vom 20.Aug.2017 an Kreisverwaltung Mettmann mit Einspruch gegen Anhörung vom 14.08.2017 (eingegangen am 15.08.2017)

Aktenzeichen 32-32 / 991700528/34

Anlage 170823

Einstellungsmittelteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017

Anlage AGME-11022018

Versäumnisurteil 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 wegen staatsanwaltschaftlicher Täuschung des Opfers durch Einstellungsmitteilung des Kreises Mettmann vom 23.Aug.2017 gemäß Anlage 170823

Anlage AGME-12022018

Urteil vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung: Beweis für rechtswidrige Bußgeldverfahren, Beweis für verfassungswidrige Schikaneverfahren zur psychischen Zerschlagung

Anlage VB-19

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 (eingegangen am 19.Jan.2018) im Befangenheitsverfahren gegen Frau Richter in am Amtsgericht Küppers

Anlage zu Anlage VB-19

Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018

Anlage VB-20

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann gemäß Anlage AGME-02012018

zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 55)

mit den Anlagen AGME-02012018 bis 05012018

Anlage AGME-02012018 (Seite 32)

Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 über Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

mit Bezug auf Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung und unerträglichen Defiziten zu Lasten des Opfers

Anlage AGME-03012018 (Seite 34)

Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.08.2016 mit strafbarer Rechtsbeugung wegen wahrheitswidriger Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit im Rubrum

Anlage AGME-04012018 (Seite 38)

Schriftsatz vom 01.09.2016 (Kapitel 80-84) mit Einspruch gegen Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtmäßigem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage AGME-05012018 (Seite 43)

Paralleles Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert wegen einem mit strafbarer Rechtsbeugung zustande gekommenen Bußgeld in Höhe von 180 €: Verfassungswidriger Verstoß gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Scroll down after link (page 8)